

neuer Webauftritt
www.CBGnetwork.org

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

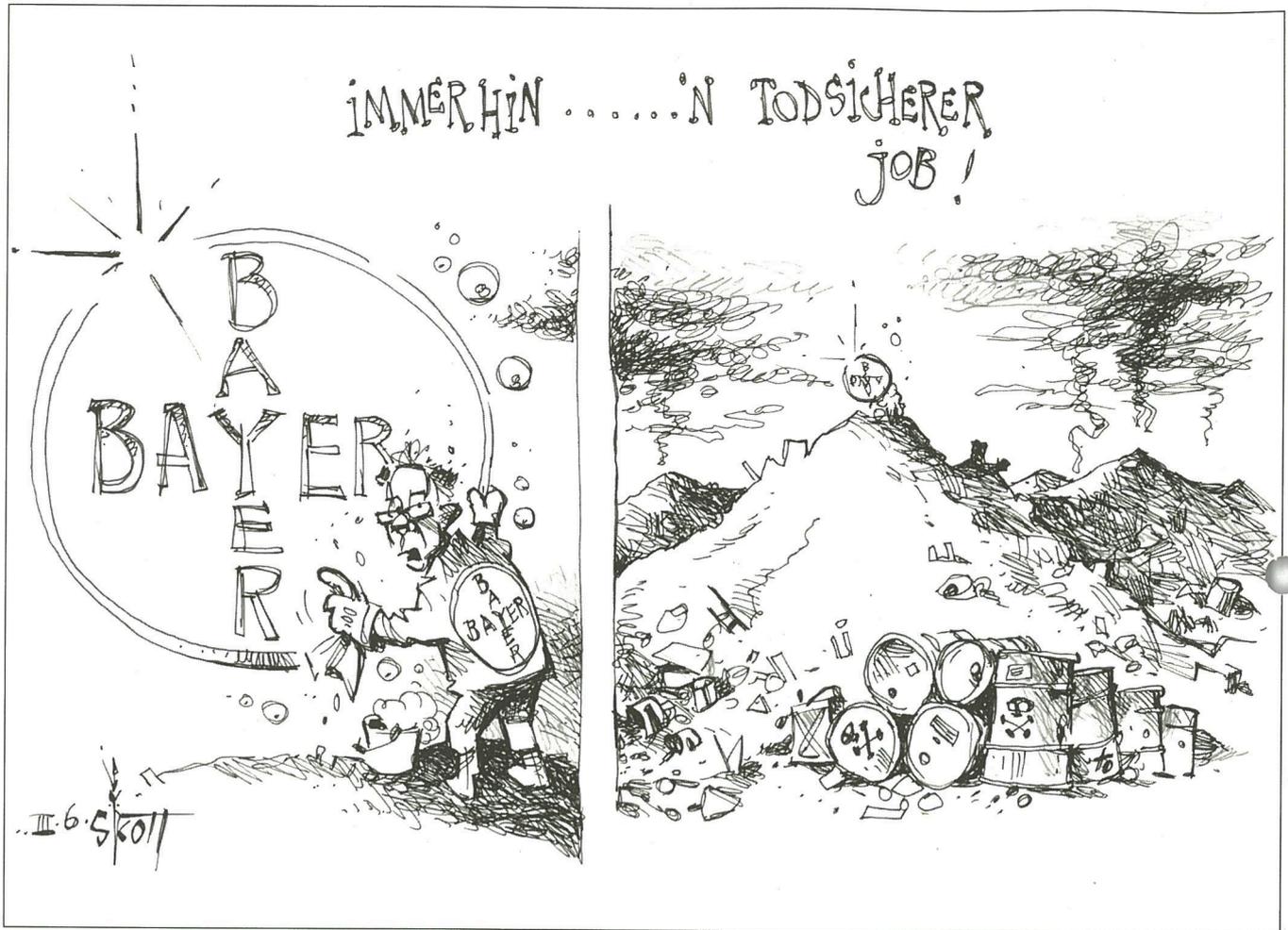
Nr. 1/2006 24. Jahrgang

TITEL:

Mogelpackung Klimaschutz
BAYER trickst bei CO₂-Emissionen

WEITERE THEMEN:

- BAYERs neuer Pharma-Gau
- Das Terminator-Comeback
- Biopirat BAYER



Inhalt

- 4 Mogelpackung Klimaschutz**
BAYER trickst bei CO₂-Bilanz
- 10 Baustelle BIS**
Harte Zeiten für Service-Gesellschaften
- 12 Das Terminator-Comeback**
Neue Generation von BAYER-Pflanzen
- 16 BAYER-Gifte im Obstregal**
GREENPEACE-Studie enthüllt
- 18 Chemikalien-Verordnung ausgeweitet**
REACH nach BAYER-Gusto
- 20 BAYERs neuer Pharma-Gau**
Todesfälle durch TRASYLOL

- 23 Biopirat BAYER**
GLUCOBAY aus kenianischem See
- 24 Bauern gegen BAYER**
Streit um Wasserwerk

Rubriken

- 3 Editorial**
- 5 Promis gegen Profit**
- 7 Echo**
- 22 O-Ton BAYER,**
- 26 Au weia, BAYER!**
Aktion & Kritik





Ursula Groehn-Wittern ist Referentin bei der BUKO AGRAR KOORDINATION.

Liebe Leserinnen und Leser,

am 4. Oktober 2005 hat sich auf Initiative der BUKO AGRAR KOORDINATION eine deutsche Kampagne gegen die Terminator-Technologie gegründet, der bis jetzt über 30 umwelt- und entwicklungspolitische Organisationen beigetreten sind, unter anderem auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.

Die Organisationen sehen akuten Handlungsbedarf, um zu verhindern, dass das 1998 ausgesprochene Moratorium der Konvention über Biologische Vielfalt gegen die Freisetzung und die Kommerzialisierung von so genanntem Terminator-saatgut auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz im März 2006 aufgehoben wird. Die Arbeitsgruppe zu Art. 8j der Konvention, die speziell dem Schutz traditionellen Wissens gewidmet ist, hat auf ihren Treffen in Granada im Januar 2006 das Moratorium zwar bestätigt, aber es ist Australien, Neuseeland und Kanada (und der als Nichtvertragsstaat im Hintergrund wirkenden USA) gelungen, in das Abschluss-Dokument einen Passus zu einem „Fall-zu-Fall-Risikomanagement“ einzubringen, was einer Schwächung des Moratoriums gleichkommt. Alle afrikanischen Staaten und die EU hatten sich deutlich für seine Beibehaltung ausgesprochen.

Mit dem Begriff „Terminator-Technologie“ wird von KritikerInnen ein gentechnisches Verfahren (Genetic Use Restriction Technology, GURT) bezeichnet, bei dem bestimmte Eigenschaften durch einen von außen kommenden Reiz an- oder abgeschaltet werden. Eine dieser Eigenschaften kann sein, dass der Embryo im Samen kurz vor der Reife getötet wird. Das hat zur Folge, dass die Ernte nicht zur Wiederaussaat verwendet werden kann, die FarmerInnen also jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssen. 80 Prozent allen auf der Welt ausgesäten Saatgutes stammt aber aus der Ernte der Bauern und Bäuerinnen selbst und ist nicht gekauft! Deshalb wird diese Technologie als eine ernsthafte Bedrohung für die Ernährungssicherheit angesehen.

Für BAYER & Co. ersetzen die GURTs traditionelle Patente. Sichert diese ihnen per Gesetz den Anspruch auf Lizenzzahlungen beim Wiederaussäen, so verhindert die neue Terminator-Generation eine solche, seit Jahrhunderten übliche landwirtschaftliche Praxis „ab Werk“. Die Saatgutfirmen selbst bezeichnen die Technologie als „Technology Protection System“ (TPS), weil sie darin eine Möglichkeit sehen, gentechnische Verunreini-

gungen, z. B. durch Auskreuzungen, zu verhindern. Zu Unrecht, denn die nötigen gentechnischen Veränderungen sind sehr umfangreich und fehleranfällig.

Das erste Patent für ein GURT erhielt DELTA AND PINE LAND, das inzwischen zu MONSANTO gehört, zusammen mit dem amerikanischen Landwirtschaftsministerium. BASF und SYNGENTA halten ebenfalls Patente, die zur Gruppe der GURTs zählen. BAYER hat Patente auf sehr ähnliche Technologien. Bis jetzt gibt es keine Feldversuche. Dass das so bleibt und ein nationales Anbau-Verbot erfolgt, ist das Ziel der Kampagne „Terminator ächten“ in Deutschland. Sie arbeitet eng mit der internationalen BANTERMINATOR-Initiative zusammen. Die AktivistInnen wollen die politisch Verantwortlichen für die sozioökonomischen Konsequenzen des Einsatzes von Terminator-Pflanzen sensibilisieren und so einen Gegenpol zur intensiven Lobbyarbeit von BAYER & Co. bilden. Weitere unterstützende Gruppen sind willkommen.

U. Groehn-Wittern

BAYER: weiterhin hohe Treibhausgas-Emissionen

Mogelpackung Klimaschutz



Der BAYER-Konzern untermauert sein vorgebliches Umwelt-Engagement mit seinen Anstrengungen für den Klimaschutz. Das Unternehmen habe „die Emissionen in den vergangenen 15 Jahren weltweit um über 60 Prozent reduziert“ heißt es in den Umweltberichten. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, dass die Senkung des CO₂-Ausstoßes größtenteils auf den Verkauf einer Unternehmensbeteiligung und den gestiegenen Fremd-Bezug von Energie zurückzuführen ist. Dies schönt die Konzernbilanz, hilft aber dem Klima in keinster Weise. BAYER lenkt davon ab, dass das Unternehmen nach wie vor zu den größten Produzenten von Treibhausgasen in Deutschland gehört und real wenig für den Klimaschutz getan hat.

Von Philipp Mimkes und Prof. Jürgen Rochlitz

Seit den 70er Jahren kritisieren UmweltschützerInnen die von dem BAYER-Konzern ausgehenden ökologischen Probleme. Neben den Emissionen in Luft und Wasser, der Abfall-Produktion und dem gewaltigen Verbrauch von Wasser und Energie gefährden langlebige Produkte wie PCB, Pestizide, Weichmacher und Chlororganika die Umwelt. Um das zwischenzeitlich stark gesunkene Ansehen in der Öffentlichkeit aufzubessern, wurde der Konzern in verschiedenen

Bereichen aktiv. So startete BAYER Kooperationen mit „glaubwürdigen Partnern“ wie den Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation, der UN-Umweltbehörde UNEP, Universitäten und medizinischen Einrichtungen. Der Multi wurde Mitglied in „grünen“ Unternehmensverbänden wie dem „World Business Council for Sustainable Development“, der „Business Action for Sustainable Development“ oder dem „Forum Nachhaltige Entwicklung“. Spenden von BAYER

gehen an WissenschaftlerInnen, karitative Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und sogar Umweltverbände. Der Konzern flankiert all diese Aktivitäten mit umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit, um besonders solche Bereiche, in denen das Unternehmen in der Kritik steht, positiv zu besetzen.

Die gesamten Ausgaben für solche goodwill-Aktivitäten liegen bei einigen Millionen Euro jährlich und damit im Promillebereich des Konzerngewinns –

wobei zu beachten ist, dass BAYER seine Steuerlast in den vergangenen Jahren durch „kreative Buchhaltung“ um Milliardenbeträge gedrückt hat.

Klimaschutzvorreiter?

Nachdem BAYER längere Zeit bei seiner Außendarstellung die Mitwirkung im „UN Global Compact“ in den Vordergrund rückte, wird in den Publikationen des Konzerns seit rund zwei Jahren der „nachhaltige Beitrag zum Klimaschutz“ an erster Stelle genannt. Weder im Geschäftsbericht noch auf der homepage sowie in zahlreichen Pressemitteilungen fehlt der Hinweis auf die „Vorreiterrolle bei der Reduktion der Emissionen, durch die der Konzern sowohl die nationalen als auch die internationalen Zielvorgaben bereits heute übertroffen hat“.

Präzisiert wird dies im Bayer-Nachhaltigkeitsbericht 2004, wo es heißt: „Konzernweit wurde die direkte Emission klimarelevanter Gase seit 1990 deutlich über 60 Prozent reduziert“ – von 15,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (1992) auf 5,4 Mio. Tonnen (2003). Der CO₂-Ausstoß sank von 10,1 auf 5,2 Mio. Tonnen, darüber hinaus wurde die Emission klimaaktiver Gase (im wesentlichen Lachgas

[Distickstoffoxid oder N₂O]) stark reduziert. Damit habe „der Bayer-Konzern das Ziel einer 50-prozentigen Verringerung der direkten Emission von Treibhausgasen von 1990 bis zum Jahre 2010 bereits Ende 2002 übertroffen“. Die Datenerhebung sei zudem „von unabhängigen Gutachtern überprüft und attestiert worden“.

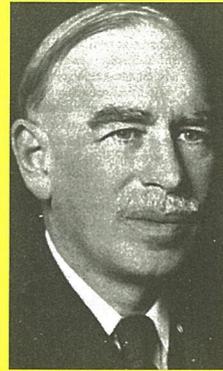
Rechenricks

Bei genauerer Betrachtung der Daten zeigt sich jedoch, dass der Rückgang der Emissionen im Wesentlichen auf drei Entwicklungen beruht, von denen nur eine tatsächlich ökologisch relevant ist:

1. Im Jahr 2001 wurde eine 50-prozentige Beteiligung an der EC ERDÖLCHEMIE verkauft. Die Erdölchemie hatte fast ein Viertel der Produktionsmenge des BAYER-Konzerns ausgemacht und war für einen CO₂-Ausstoß von 3,1 Mio. to pro Jahr verantwortlich. Diese Emissionen wurden also nicht eingespart, sondern nur umgebucht - auf das Konto des neuen Besitzers BP.

2. Der Fremdbezug von Energie ist im Berichtszeitraum stark gestiegen - während BAYER im Jahr 1992 noch 83 Prozent seines Energiebedarfs in Form von

Promis gegen Profit



„Kapitalismus ist der seltsame Glaube, dass die übelsten Menschen mit den übelsten Motiven irgendwie zum allgemeinen Wohl arbeiten werden.“

John Maynard Keynes (1883-1946), legendärer Ökonom, Vater des Keynesianismus

Elektrizität und Dampf selbst erzeugte, waren es zehn Jahre später nur noch 58 Prozent. Die restlichen 42 Prozent bezog der Konzern von externen Anbietern, weshalb die bei der Erzeugung anfallenden CO₂-Emissionen auch nicht mehr in BAYERS Klimabilanz auftauchen.

3. Noch 1990 emittierte der Konzern jährlich rund 16.000 Tonnen des extrem



ABONNIEREN SIE JETZT!

STICHWORT BAYER
Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Nr. 3/2006 18. JUNI 2006

STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

WEITERE THEMEN
Körbentwurf...
Virtuelle Geschäfte und reale Arbeitsplätze...
Umweltschutz auf dem Abstellgleis...
Bündnis des Kapitals mit der Barbarei...
COG

C O U P O N

Ich/wir abonniere für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontonr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

Coordination gegen BAYER-Gefahren/COG
Coordination contre les dangers de BAYER
Coordination against BAYER Gefahren
Coordination contre les mafaits de BAYER

klimaschädlichen Lachgases. Diese Menge konnte er bis heute um 90 Prozent reduzieren.

Nur die von UmweltschützerInnen seit langem geforderte Reduktion des Lachgas-Ausstoßes ist also tatsächlich ökologisch hilfreich. Die Emissionen der Erdölchemie fallen weiterhin an, ebenso die der Energie-Zulieferer. Die von Unternehmens-SprecherInnen behauptete Verringerung der Emissionen beruht also zum größten Teil auf Umstrukturierungen und veränderter Buchhaltung - was dem Klima zwar nichts nutzt, aber die BAYER-Bilanz besser aussehen lässt.

Kritik von Beratern

Sogar die – eigentlich konzernfreundlichen – Unternehmensberatungen ARTHUR D. LITTLE und DR. HARDTKE monieren die geschönte Darstellung in ihrer Beurteilung des BAYER-Nachhaltigkeitsberichts: „Zusätzlich zum Energieverbrauch werden auch die CO₂-Emissionen berichtet. Allerdings ist diese Information von begrenzter Relevanz, weil Emissionen aus der Produktion extern erzeugter Energie nicht berücksichtigt werden und die berichtete Reduzierung zum Teil aus dem zunehmenden „Out-sourcing“ der eigenen Energieerzeugung resultiert.“ Erst beim näheren Hinsehen erschließt sich also, was BAYER mit dem Ausdruck „direkte Emissionen“ meint. Die für den Klimaschutz einzig relevante Größe – der CO₂-Ausstoß in der gesamten Produktionskette – wird nicht angegeben und lässt sich aus den bereitgestellten Daten auch nicht ermitteln. Gegenüber der Presse wird die sprachliche Unterscheidung zwischen „Emissionen“ und „direkten Emissionen“, die den meisten LeserInnen sowieso unklar ist, denn auch häufig fallen gelassen – so spricht Unterneh-

menssprecher Michael Schade mehrfach von „60 Prozent reduzierten Emissionen von Treibhausgasen“ – eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit.

Die wahre Rechnung

Der absolute Ausstoß von Klimagasen (BAYER-Werke plus Energie-Zulieferer) geht aus dem BAYER Nachhaltigkeitsbericht nicht hervor und lässt sich nur überschlagsmäßig berechnen.

Um die Entwicklung von 1990 bis 2002 näher analysieren zu können, muss zunächst eine vergleichbare Betriebsgröße betrachtet werden; denn der Verkauf des 50 Prozent-Anteils an der Erdölchemie hat nichts mit Klimaschutz zu tun. Für die weitere Betrachtung lösen wir daher die CO₂-Emissionen der Erdölchemie aus dem Zahlenwerk heraus. Nimmt man an, dass der Klima-Ausstoß der Erdölchemie in etwa konstant bei 3,1 Mio Tonnen jährlich blieb, so verringerten sich die CO₂-Emissionen des Rest-Konzerns (BAYER minus Erdölchemie) von 1990 bis 2002 von 7,0 auf 5,2 Mio Tonnen.

Für eine ernstzunehmende Darstellung müssen nun noch die Emissionen der Energie-Zulieferer addiert werden. Laut BAYER-Nachhaltigkeitsbericht verdoppelte sich der Fremdbezug von Energie von 28 Petajoule 1990 auf 57 Petajoule 2002 (Strom: 25 auf 35 Petajoule, Dampf: 3 auf 22 Petajoule). Dieser Energieverbrauch lässt sich im Prinzip in eine CO₂-Bilanz umrechnen, dafür müsste aber der Strommix und der Typ der Lieferkraftwerke (Kohle, Gas, Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, etc.) bekannt sein.

Im Fall relativ klimafreundlicher Erdgaskraftwerke entstehen bei der Herstellung von einem Petajoule elektrischer Energie rund 160.000 Tonnen CO₂. Selbst wenn man den stark gestiegenen Bezug von

Dampf vollkommen unberücksichtigt lässt, ergibt sich ein Anstieg der CO₂-Emissionen der Energie-Zulieferer von 4,0 Mio to (1990) auf 5,6 Mio to (2002). Addiert man diese Zahlen zu den „direkten“ Emissionen, so sieht man, dass der CO₂-Ausstoß in der gesamten Zulieferkette des BAYER-Konzerns lediglich von 11,0 Millionen Tonnen (1990) auf 10,8 Millionen Tonnen (2002) fiel.

Diese Rechnung ist jedoch wegen der unzureichenden Datenbasis notwendigerweise ungenau. Sollte der von BAYER bezogene Strommix ganz ohne Kohlekraftwerke auskommen (was an den BAYER-Standorten in NRW unwahrscheinlich ist) und stattdessen vermehrt aus Kraft-Wärme-Kopplung stammen, so könnten die Zahlen etwas günstiger liegen. In jedem Fall aber verdeutlicht die Analyse, dass die tatsächliche Klimabilanz von BAYER keineswegs eine Erfolgsgeschichte ist, sondern der CO₂-Ausstoß der fortgeführten Betriebsteile auf weiterhin hohem Niveau stagniert und lediglich leicht zurückgegangen ist. Dem Konzern ist vorzuhalten, dass er in seinem immerhin 140-seitigen Nachhaltigkeitsbericht die essentiellen Angaben zu seinen Energie-Zulieferern verschweigt und so eine genaue Berechnung unmöglich macht.

Emissionen bleiben hoch

Dass es ehrlicher geht, macht ausgerechnet die Konkurrenz aus Ludwigshafen vor. Der größte Chemiekonzern der Welt, die BASF, emittierte 2004 mit 20,7 Mio Tonnen beinahe die doppelte Menge Kohlendioxid. Allerdings hatte es der Chemiegigant nicht nötig, seine Bilanz derart schönzurechnen wie bei BAYER geschehen - die extern bezogene Energie wurde mitberücksichtigt. Im Umweltbericht der

Verlag Graswurzelrevolution

NEU



Walther L. Bernecker
Sören Brinkmann

Kampf der Erinnerungen

Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936 – 2006

In Spanien ist ein Erinnerungsboom zu beobachten. Die Aufarbeitung der von der Franco-Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen bedeutet eine substantielle Wende im Umgang mit der jüngeren spanischen Geschichte. Das Buch spannt einen Bogen von den dreißiger Jahren bis in die Gegenwart.

378 S. | zahlr. Abb. | 20,50 EUR | ISBN 3-939045-02-0



Graswurzelrevolution

Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Seit 1972 die einzige Zeitung, die die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht kommentiert.

Schnupperabo 3 Ausg. 5 EUR Vorkasse
Jahresabo 10 Ausg. 25 EUR | Jetzt abonnieren

WiederverkäuferInnen und SpenderInnen herzlich willkommen!

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim | Fax (02440) 959 351 | abo@graswurzel.net | www.graswurzel.net

Wer CO₂ sät, wird Sturm ernten

BASF heißt es, dass „bei den energiebedingten CO₂-Emissionen sowohl die direkten Emissionen der Strom- und Dampferzeugung als auch die indirekten Emissionen durch Import und Export von Strom und Dampf bilanziert werden“.

Es ist instruktiv, die Höhe der Emissionen bei BAYER und BASF mit dem gesamten CO₂-Ausstoß in Deutschland zu vergleichen. Dieser beträgt rund 834 Millionen Tonnen jährlich (2004), etwa ein Viertel der europäischen Emissionen. Allein die beiden größten Chemie-Konzerne sind also für knapp 4 Prozent der Klimagase in Deutschland verantwortlich, die Chemie bleibt hierzulande nach Strom- und Metallproduktion der Klimaschädiger Nr. 3. Insgesamt kommt die Industrie hierzulande auf rund 550 Millionen Tonnen und nimmt in Europa den Spitzenplatz ein. Wirklicher Klimaschutz wäre nur mit einer drastischen Reduktion dieser industriellen Emissionen möglich.

Prima Klima für BAYER

BAYER versteht es trefflich, sich mit der geschönten Klimabilanz in Szene zu setzen. Der Konzern wurde kürzlich in den Climate Leadership Index aufgenommen, den „ersten weltweiten Klimaschutz-Aktivenindex“. Auch in den schmucken „Nachhaltigkeits-Fonds“ Sustainability World Index und Dow Jones STOXX Sustainability Index ist der Konzern aufgrund seiner Klimabilanz registriert. Im vergangenen Dezember wurde BAYER im Zuges des Klimagipfels im kanadischen Montreal sogar mit dem „Low Carbon Leaders Award“ ausgezeichnet. Die Presse berichtete ausführlich - stets mit dem Hinweis auf die „um 60 Prozent reduzierten Klima-Emissionen“.

Auch Politik und Behörden übernehmen die Aussagen von BAYER unreflektiert. Die UN-Umweltbehörde UNEP verbreitet die Behauptung der um 60 Prozent gesunkenen Treibhausgas-Emissionen ebenso wie die NRW-Landesregierung. Den Vogel abgeschossen hat Reinhard Loske, grüner MdB und Mitglied im Umweltausschuss, in einer Rede im Bundestag: „Bevor ich gerade hierher kam, habe ich einen Brief an die BAYER AG geschrieben, der in Montreal ein Preis - der „Low Carbon Leaders Award“ - verliehen wurde. BAYER wurde damit als eines der Unternehmen ausgezeichnet, die sich weltweit am meisten für den Klimaschutz einsetzen. Dazu sage ich nur: Chapeau! Weil mein Wahlkreis in Leverkusen ist, habe ich dem Unternehmen geschrieben; denn ich finde das, was BAYER in diesem Bereich tut, prima.“

Klima-Rollback

Welchen Stellenwert die CO₂-Minimierung für BAYER tatsächlich besitzt, zeigt ein internes Positionspapier des „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) zum Klimaschutz, das der DEUTSCHEN UMWELTHILFE im vergangenen Dezember zugespielt wurde. Darin fordert der BDI eine Abkehr vom Kyoto-Protokoll und die Streichung verbindlicher CO₂-Reduktionsziele nach US-amerikanischem Vorbild. Sogar der Ausbau von Autobahnen und Flughäfen wird vom BDI als Beitrag zum Klimaschutz bezeichnet.

Interessant ist das Strategiepapier, das nicht zur Veröffentlichung gedacht war, vor allem deshalb, weil es rund 80 Kommentare von BDI-Mitgliedern enthält. Während selbst der Stromversorger EON und der „Verband der Mineralölwirt-

Echo

K. A., Bundesrepublik: Die Petition habe ich unterschrieben. Wenn ihr wieder was Dringendes habt, werde ich versuchen, mein „Teilchen“ beizusteuern zu eurer wunderbaren Arbeit.

M. D., Frankreich: Ich würde gern regelmäßig euren Newsletter erhalten. Für den Moment bleibt mir nichts anderes, als euch zu sagen: DANKE.

C. S., Italien: Ich freue mich immer, wenn ich euren Newsletter bekomme. Falls ihr Unterstützung braucht, stehe ich zur Verfügung.

Daniela Rosche, WOMEN IN EUROPE FOR A COMMON FUTURE (WECF), Bundesrepublik: Vielen Dank auch noch einmal, dass ihr uns zur HV eingeladen habt. Wie ich nun so am Ende des Jahres feststelle, ist dies wirklich ein großer Schritt für WECF (und auch für mich persönlich) gewesen. Leider haben sich BAYER & Co. wie erwartet bei REACH durchgesetzt und, besonders was die Datenanforderungen zur Registrierung von Chemikalien betrifft, bekommen, was sie wollten.

R. Y., Großbritannien: Ich freue mich immer, E-Mails von euch zu erhalten und so zu sehen, welch wichtige Arbeit ihr macht.

Neues Deutschland, 16.12.05: In der am 12. Januar startenden Leinwand-Adaption des industriekritischen Buchs „Der ewige Gärtner“ von John le Carré kommen auch deutsche Kritiker der Pharmaindustrie zu Ehren. So hat etwa die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN das Film-Team während der Dreharbeiten beraten und Requisiten bereit gestellt. So ist auf der Leinwand unter anderem ein „Bhopal mahnt“-Poster aus der Düsseldorfer Geschäftsstelle der Coordination zu sehen. Im Film hängt das Poster im Berliner Büro einer pharma-kritischen Initiative, welche die beiden Hauptfiguren mit Informationen über die Pillenriesen versorgt. Die Organisation ist der Bielefelder Pharma-Kampagne der BUNDESKOORDINATION INTERNATIONALLISMUS (BUKO) nachempfunden.

schaft“ die Aufgabe des Kyoto-Prozesses als falsch bezeichnen, begrüßen BAYER und BASF die Initiative uneingeschränkt (BAYER: „Wir stimmen mit den wichtigsten Kernaussagen der Entwurfsfassung des BDI-Positionspapiers überein“; BASF: „Wir begrüßen den Entwurf, weil sich die Industrie schon sehr bald Fragen jeder neuen Bundesregierung stellen muss, aber auch die Industrie bei diesem für sie wichtigen Thema auf jede neue Bundesregierung zugehen sollte“). Die DEUTSCHE UMWELTHILFE bezeichnet die Initiative der Industrie, von der sich sogar Kanzlerin Merkel explizit distanzierte, denn auch treffend als „Rauchzeichen aus der klimapolitischen Steinzeit“.

Und die Keulen schwingen BAYER & Co. auch in Sachen „Emissionshandel mit CO₂-Verschmutzungsrechten“. Sie wettern gegen den Plan der EU, auch die Produktionsanlagen in die Rechnung miteinzubeziehen und die Konzerne ab 2008 zu einer 12-13 prozentigen Kohlendioxid-Reduktion zu verpflichten. Für die Multis ist eben alles nur eine Frage des Wirtschaftsstandorts - und um das zu verhüllen, werfen die PR-Abteilungen in regelmäßigen Abständen Nebelkerzen.

Fazit

Die BAYER AG hat einige Anstrengungen zum Klimaschutz unternommen – diese reduzieren sich aber bei genauer Betrachtung größtenteils auf die Verminderung des Lachgas-Ausstoßes. Die von BAYER publizierten Daten zu CO₂-Emissionen werden unredlich präsentiert, zentrale Informationen über die Umweltauswirkungen von fremdbezogener Energie werden der Öffentlichkeit vorenthalten. Die Kernaussage eines um „60 Prozent reduzierten Ausstoßes von Klimagasen“ ist unhaltbar. Um das Klimaziel eines bis 2050 um 80 Prozent verminderten CO₂-Ausstoßes zu erreichen, muss BAYER substantielle Schritte zur Minimierung des Energieverbrauchs einleiten. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert den Konzern auf, seinen Nachhaltigkeitsbericht zu korrigieren, vollständige Daten vorzulegen und effektive Schritte für eine reale Reduzierung der CO₂-Emissionen einzuleiten. Aus den sogenannten Nachhaltigkeits- und Ethik-Fonds sollte BAYER folgerichtig ausgeschlossen werden.

1. Philipp Mimkes ist Diplom-Physiker und Geschäftsführer der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN E.V. Jürgen Rochlitz ist

emeritierter Chemie-Professor, Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für Anlagensicherheit und ehemaliger MdB

2. online unter: http://www.sd.bayer.de/pdf/bayer_nachhaltigkeitsbericht_2004.pdf#page=1

3. Kohlendioxid als „Basisgas“ hat das Erwärmungspotenzial GWP 1 (von engl. Greenhouse Warming Potential). Andere Treibhausgase lassen sich als Kohlendioxid-Äquivalente bzgl. ihres Erwärmungspotenzials ausdrücken: Bei ihnen gibt der Indikator GWP an, um wieviel Mal größer die Klimawirkung im Vergleich zu derjenigen von Kohlendioxid ist. Bei BAYER setzt sich das CO₂-Äquivalent im Wesentlichen aus den CO₂- und N₂O (Lachgas)-Emissionen zusammen.

4. Bayer Nachhaltigkeitsbericht 2004, S. 65

5. 1 Petajoule = 1 Billiarde Joule

6. Kohlekraftwerke emittieren sogar bis zu 300.000 Tonnen CO₂ pro PJ. Der BAYER-Zulieferer RWE betreibt in Nordrhein-Westfalen überwiegend Braunkohle-Kraftwerke, die zu den größten CO₂-Erzeugern in Europa gehören. Die CO₂-Bilanz des gelieferten Stroms könnte also noch höher liegen als in der Rechnung angenommen.

7. Umwelt, Sicherheit, Gesundheit 2002

8. Jahresbericht 2003, Statistisches Bundesamt



WECHSEL WIRKUNG

Wissenschaft & vernetztes Denken

Heft 135: Das Ende des billigen Öls

Haben wir noch eine Alternative? Mit Beiträgen von Jürgen Cuno, Manfred Fishedick, Nikolaus Supersberger und Heinz Baues

Außerdem im Heft:

Schülerlabors - PR für die Wissenschaft

Gender Mainstreaming im Umwelt- und Naturschutz

Neues aus Wissenschaft und Forschung

Die **WechselWirkung** gibt es 6mal im Jahr für 6,40 Euro am Kiosk.

Probeabos für 12 Euro (3 Ausgaben) bitte bestellen unter: marketing@wechselwirkung.com



An Geschenke denken!

DANKE!!

Gegen einen der größten multinationalen Konzerne der Welt anzutreten erfordert Kraft. Auch finanzielle Kraft. Namhafte KünstlerInnen haben sich Gedanken gemacht, wie sie die chronische Finanzkrise der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) lindern können. Hier ihre Ideen. Ein kämpferisches Dankeschön für diese großartige Unterstützung!

Jetzt sind Sie dran. Nutzen Sie die Angebote für Ihren konzernkritischen Alltag. Je zahlreicher Sie bestellen, desto größer die Hilfe für unsere Finanzen und damit unsere konzernkritische Arbeit.



Mit dieser Uhr weiß mensch, was die Stunde geschlagen hat.

Einer der namhaften Künstler Deutschlands, hat sie für uns gestaltet. Klaus Klinger.



Kunst-Sammel-Uhr „Der Kampf geht weiter!“ limitiert, rückseitig mit Gravurstift handsigniert und datiert. Bestell-Nr. 7 000 030 nur 58,00 Euro

Diese T-Shirts bekennen Farbe. Gestaltet von italienischen Designern.

Gegen den BAYER-Konzern für eine umweltverträgliche Chemie.



Weg mit BAYER-Chemie!

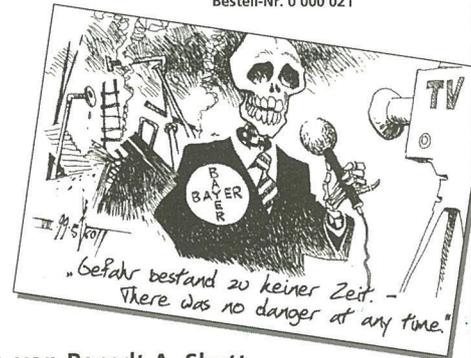
BAYER T-Shirts Top-Qualität, aus Baumwolle
Leuchtend gelb, Größe S, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 014
Leuchtend gelb, Größe M, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 015

Gelb
Leuchtend gelb, Größe L, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 016
Leuchtend gelb, Größe XL, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 017

Lila
Lila, Größe S, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 018
Lila, Größe M, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 019
Lila, Größe L, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 020
Lila, Größe XL, 12,50 € Bestell-Nr. 0 000 021

Gefahr zu keiner Zeit!
Karikatur auf Kunstdruckpapier matt, ca. 29,7 x 42 cm, limitierte Auflage 100 Exemplare, handsigniert. Bestell-Nr. 7 000 036 38,00 Euro

So wird Kaffee- oder Tee-trinken ein noch größerer Genuss. Gestaltet von einem der der ganz großen Karikaturisten Deutschlands, von Berndt A. Skott.



Gefahr zu keiner Zeit!
Kaffeetasse aus Porzellan. Bestell-Nr. 7 000 035 8,50 Euro

Und weil die Karikatur auf der Tasse so Klasse ist, gibt es sie auch als hochwertigen Kunstdruck in limitierter Auflage, handsigniert.

Ich/wir bestelle/n

Coupon-Bestellung per Fax an 0211 - 26 11 220

www.CBGnetwork.org

Per Post an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18, D-40081 Düsseldorf
Fon (0)211-33 39 11, Fax (0)211-33 39 40, eMail CBGnetwork@aol.com

Bestell-Coupon

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel/Objektname	Einzelpreis	Gesamt	Bitte ausfüllen:	Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von:	
_____	_____	_____	_____	_____	Vorname	Bank	
_____	_____	_____	_____	_____	Name	BLZ	
_____	_____	_____	_____	_____	Straße, Haus-Nr.	Kto.-Nr.	
_____	_____	_____	_____	_____	PLZ, Ort	Datum, Unterschrift	
_____	_____	_____	_____	_____	_____	Alter	
eMail				Unterschrift nicht vergessen!			

Versand Inland ab 100 € kostenfrei (Ausl. je nach Kosten)

2,50 €

Gesamtbetrag ▶

Service-Gesellschaft blutet aus

BAYER rationalisiert weiter



BAYER-Feuerwehr: das letzte Familienfoto?

Nach der Chemie-Sparte hat BAYER eine neue Baustelle aufgetan: die BAYER INDUSTRY SERVICES (BIS).

Von Jan Pehrke

„Wir wollen ein „neues BAYER“ schaffen“, so umriss im Jahr 2002 der damalige BAYER-Chef Manfred Schneider das mit der Bildung einer Holding verknüpfte Ziel. Der Vorstand spaltete den Konzern in sieben Teile auf. Es entstanden eine Pharma-, eine Kunststoff-, eine Chemie- und eine Agro-Gesellschaft auf der einen und die Dienstleister BAYER INDUSTRY SERVICES (BIS), BAYER TECHNOLOGY SERVICES (BTS), BAYER BUSINESS SERVICES (BBS) auf der anderen Seite. Die formal eigenständigen Sparten sollten so mehr „unternehmerische Eigenverantwortung“ übernehmen. Nach Ansicht des Holding-Masterminds und Schneider-Nachfolgers

Werner Wenning könnten mit der veränderten Struktur Geschäftsfelder, die BAYER Wettbewerbsvorteile brächten, noch besser gefördert werden. Außerdem könne man schneller reagieren, wenn bestimmte Bereiche den Erwartungen und Vorgaben nicht entsprächen. Die Stärken stärken und die Schwächen schonungslos offen legen - „Survival of the Fittest“ war bei „New BAYER“ also angesagt, und für das Überleben der Sparten bestanden von Beginn an unterschiedliche Voraussetzungen. In die BIS hat der Leverkusener Multi nach Ansicht eines Beschäftigten nämlich wie in einen „Mülleimer“ alles gesteckt, was Kosten verursacht: der

Unterhalt der Chemieparks, Handwerksdienste, Werkschutz- und Umweltschutzaufgaben.

So ging es dem „Mülleimer“ schon bald dreckig. Verschärfend kam hinzu, dass unter „New BAYER“ das „Jeder gegen jeden“-Prinzip gilt. Die ebenfalls einem verschärften Profit-Diktat unterworfenen anderen Holding-Bestandteile fragten bestimmte Dienstleistungen nicht mehr automatisch bei der BIS nach, die wegen der Geltung der Chemie-Tarife nicht gerade ein „billiger Jakob“ war, sondern bedienten sich „immer öfter“ außer Haus. Fast zwangsläufig folgte anno 2003 das erste Kostensenkungsprogramm, das vor-

sah, bis Ende 2005 1.300 Arbeitsplätze zu vernichten. Trotzdem entleerte der Konzern zuerst einen anderen Mülleimer, in den er die zu wenig Rendite versprechenden chemischen Massenwaren gesteckt hatte. Im Jahr 2005 trat das Geschäft unter dem neuen Namen LANXESS offiziell den schweren Schritt in die Selbstständigkeit an. Da LANXESS aber eine 40-prozentige Beteiligung an der BIS erhielt, hatte die Trennung vom Chemie-Bereich auch Auswirkungen auf die Dienstleistungsgesellschaft. „BAYER hat die Chemie abgespalten, weil sie dafür ein anderes, erfolgreiches Geschäftsmodell brauchte. Wir haben hier tatsächlich ein anderes, erfolgreiches Geschäftsmodell. Und wenn diese beiden Anteilseigner von BIS aufeinander treffen, dann gibt es sicherlich in einzelnen Fragen auch unterschiedliche Meinungen (...) Die BIS ist mit Personalressourcen ausgestattet, die dem derzeitigen Bedarf nicht entsprechen“, sagte der LANXESS-Arbeitsdirektor Martin Wienkenhöver in einem Gespräch mit dem *Kölner Stadtanzeiger*. Wenn die Personalressourcen denn wirklich dem derzeitigen Bedarf nicht mehr entsprechen, so hat LANXESS selber daran einen gehörigen Anteil. Von Beginn ihrer unter-

nehmerischen Tätigkeit an bis heute macht die Gesellschaft nämlich vor allem mit Arbeitsplatzvernichtung, Standortschließungen und Rationalisierungsprogrammen von sich reden, was in Bezug auf die BIS Kaufzurückhaltung bedeutete. Die Gewerkschaft hatte das kommen sehen und drang auf einen entsprechenden Passus im „Scheidungsvertrag“, der LANXESS verpflichtete, noch mindestens drei Jahre BIS-Leistungen zu BAYER-Konditionen abzunehmen.

Das half der Servicegesellschaft aber nicht viel. Die Geschäftsleitung gab im letzten Herbst einen 20-prozentigen Umsatzrückgang und ein Minus von 40 Mio. Euro bekannt. Prompt meldete sich LANXESS zu Wort. „Da muss eigentlich jedes Modell, das zur Beseitigung dieser Lage beiträgt, erlaubt sein“, gerierte sich Wienkenhöver als Krisenmanager. Die BIS-Geschäftsleitung kannte dann auch wirklich kaum Zumutbarkeitsgrenzen. Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, Ausgliederung von Werkschutz und anderen Bereichen, Streichung von Sonderzahlungen und ein eigener, aus dem BAYER-Personalverbund herausgelöster Betriebsrat umfasste ihr Horrorkatalog. 3.500 Beschäftigte - so viel wie seit

Jahrzehnten nicht beim Agromulti - veranlasste das im Dezember zu einer Protestaktion. Als der BIS-Vize Heinz Bahnmüller vor die Menge trat und schulterzuckend erklärte, die schlechten Zahlen ließen nun mal keine andere Wahl, da schallt ihm ein „Das ist doch so gewollt“ entgegen. Die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE unterfütterte diese Ansicht später mit einem Gutachten, das Bilanztricks offenbarte. Die BIS hatte sich mutwillig schlechtgerechnet, um ohne Rücksicht auf Verluste rationalisieren zu können. Ob diese Strategie aufgeht, wird sich bei den weiteren Verhandlungen mit der Gewerkschaft nach den Betriebsratswahlen im April zeigen. Für die BISler brechen aber auf jeden Fall harte Zeiten an. Für die Zeit nach der 2007 auslaufenden „Standortsicherungsvereinbarung“, die betriebsbedingte Kündigungen ausschloss, bildet die BIS nach Informationen des Betriebsrats Klaus Hebert-Okon schon jetzt Rückstellungen. Ein Beschäftigter machte seiner Wut in einem Leserbrief Luft: „Eine schlimme Zeit, in der es kein Limit mehr gibt, in der nur noch mehr, mehr und noch mehr Profitgier gilt. Sozial handelt das Management nicht mehr, es handelt antisozial, also asozial“, schrieb er.

SoZ Sozialistische Texte

WILLI SCHERER

**ARBEIT
UND LEBEN**



Texte zum Strukturwandel in NRW und zur
Gewerkschaftspolitik im Neoliberalismus

SoZ Sozialistische Texte 2

Mai 2005

JAKOB MONETA

Solidarität im Zeitalter des Skeptizismus

Kolumnen aus drei Jahrzehnten

76 Seiten · 3 Euro

WILLI SCHERER

Arbeit und Leben

Texte zum Strukturwandel in NRW und zur

Gewerkschaftspolitik im Neoliberalismus

60 Seiten · 3 Euro

Bestellung an (gegen Rechnung)

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75-77 · 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97

redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de



JAKOB MONETA

SOLIDARITÄT

im Zeitalter des Skeptizismus

Kommentare aus drei Jahrzehnten

SoZ Sozialistische Texte 1

November 2004

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Kostenlose **Probeausgabe** bestellen

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75-77 · 50674 Köln · Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

Bayer & Co. machen Druck

Das Terminator-Comeback



Protestaktion vor dem Reichstag

Nur massive öffentliche Proteste bewogen die Agromultis im Jahr 2000 zu einem Verzicht auf die Vermarktung von Terminator-Saatgut. Ihre Strategie, LandwirtInnen mittels gentechnisch steril gemachter Pflanzen an einer Wiederaussaat zu hindern und sie so zu stetigen Neukäufen zu zwingen, scheiterte einstweilen. Nun aber erscheint BAYER & Co. die Zeit reif für „Terminator II“. Die auch von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN unterstützte Kampagne „Freie Saat statt tote Ernte“ will das Comeback vereiteln.

Von Jan Pehrke

Das 1991 vom Europäischen Patentamt in München bewilligte und neun Jahre später erweiterte Patent mit der Nummer „EP 41 2006 A 1991-02-06“ trägt den Titel „Pflanzen mit modifizierten Blüten, Samen oder Embryos“. Es spricht dem Antragsteller geistiges Eigentum an einem Gen für weibliche Sterilität zu, das unfruchtbare Samen produziert. Bei diesem „Schutzbrief“ handelt es sich nach Recherchen der Initiative „Kein Patent auf Leben“ um

das erste Patent für Terminator-Saatgut. Mit dem Kauf von AVENTIS CROPS SCIENCE im Jahr 2001 ging es in den Besitz von BAYER über, dem mittlerweile achtgrößten Saatgut-Konzern der Welt. Die Entwicklung des Unfruchtbarkeitsgens bedeutete für die Agroriesen einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg, sich die Erde untertan zu machen und die sie bewirtschaftenden LandwirtInnen in ihre Abhängigkeit zu zwingen. Hatten diese

über Jahrhunderte hinweg einen Teil ihrer Ernte einbehalten, um sie im Frühjahr wieder auszusäen, so verwehrte ihnen die sterile Labor-Schöpfung ein solches Vorgehen. Fortan hatten sie immer neues Saatgut zu kaufen. Einmal mehr war es den Konzernen gelungen, die agrarische Wirtschaftsweise zu unterminieren und mit ihrer eigenen kurzzuschließen. Robert Fraley, Manager des sich Mitte der 90er Jahre nach einer Geschäftskrise wieder



stabilisierenden Agrar-Multis MONSANTO bekannte sich ganz offen zu dieser Strategie. „Was wir vor uns haben, ist nicht nur eine Konsolidierung von Saatgut-Unternehmen, sondern tatsächlich eine Konsolidierung der gesamten Nahrungskette“, schrieb er in der *Farm Journal*-Ausgabe vom Oktober 1996. Und die „European Seed Association“ als europäischer Pflanzenzüchter-Dachverband lässt auch keinen Zweifel daran, welches geschäftliche Interesse er vornehmlich verfolgt, nämlich dasjenige, den LandwirtInnen die Verfügungsgewalt über ihr Saatgut zu nehmen.

Einen wichtigen Durchbruch auf diesem Gebiet erzielte das Big Business bereits 1905 mit der Züchtung von Hybrid-Saatgut

für Mais. Aus der Kreuzung einer weiblichen Linie, die unfruchtbares männliches Erbgut in sich birgt, mit einer männlichen Linie entstanden Inzucht-Produkte, die sich in der nächsten Generation wieder in die Ausgangssorten aufspalten. Von „geschlossenen Stammbäumen“ sprechen da die Agrar-IngenieurInnen. Bei einer Wiederverwendung müssen die LandwirtInnen erhebliche Ertragsverluste in Kauf nehmen. Alsdann sicherten sich die Konzerne durch Patente den privatwirtschaftlichen Zugriff auf die Natur. Nur durch Copyright-Rechte, die eine exklusive Vermarktung ermöglichen, können Pflanzen für BAYER & Co. nämlich zur Ware werden.

Den Global Players dieses Recht zu

gewähren, hieß, die Ansprüche der LandwirtInnen zu beschneiden. So fiel 1991 das Landwirte-Privileg, das den Bauern und Bäuerinnen das unbeschränkte Recht über das Saatgut gewährte. Ab 1997 schließlich stand das Wiederaussäen sortengeschützter Ackerfrüchte sogar unter Strafe, sollten die LandwirtInnen keine Nachbaugebühren an die Saatgut-Firmen zahlen.

Aber all das reichte der Agrarindustrie noch nicht. Die Gewinnung von Hybrid-Saatgut gestaltete sich ihnen zu aufwändig. Die Züchter waren gezwungen, lange Reihen mit weiblichen Pflanzen neben solchen mit männlichen Pflanzen anzulegen und auf die Bestäubung zu warten. Bei der „Ernte“ mussten dann die Samen mühsam aus den weiblichen Blüten herausgeklaut werden. Das war arbeits- und kostenintensiv, weshalb dabei nicht nur die Zulieferer von BAYERS indischer

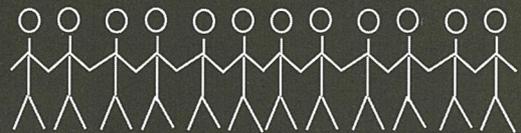
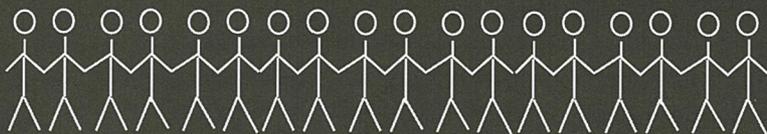
„Was wir vor uns haben, ist nicht nur eine Konsolidierung von Saatgut-Unternehmen, sondern tatsächlich eine Konsolidierung der gesamten Nahrungskette.“

Saatgut-Tochter PROAGRO auf Kinderarbeit zurückgriffen (*SWB* 4/05). Darüber hinaus setzten besonders die FarmerInnen in der „Dritten Welt“ aus Mangel an ökonomischen Alternativen die hybriden Samen trotz magerer Ernten immer wieder aus.

Auch die Nachbau-Gebühren flossen nicht eben reichlich. Bauernschläue fand immer



solidarität ist



eine waffe

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

wieder eine Möglichkeit, sie zu umgehen und die alten Traditionen fortzusetzen. Und vor einem Bauernpolizeistaat auf dem flachen Lande schrecken die Multis dann doch zurück, zumal bereits die Lizenzzahlung für das Saatgut bei den Betroffenen unangenehme Assoziationen an längst vergangene feudale Zeiten weckten, wo die LandwirtInnen den Guts-herren noch Zehnten zu entrichten hatten. Vor all dieser Unbill schützt die Konzerne das sterile Saatgut „ab Werk“. Die Terminatoren schließen einen Nachbau nämlich von vornherein aus. Insbesondere für die FarmerInnen der „Dritten Welt“ hat das fatale Konsequenzen. Kaum über Kapital verfügend, greifen 90 Prozent von ihnen auf Saatgut aus eigener Ernte zurück. In der Bundesrepublik tun dies nach Angaben der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUER-LICHE LANDWIRTSCHAFT immerhin noch 35 bis 50 Prozent. Entsprechend groß war die Empörung über die kalte Enteignung. Diese zwang die Gengiganten schließlich dazu, Abbitte zu leisten. Andernfalls hätten sie womöglich die ohnehin schon von Akzeptanz-Problemen geplagte „grüne Gentechnik“ ganz abschreiben müssen. Der freiwilligen Selbstverpflichtung zum Verzicht auf das sterile Saatgut

folgte im Mai 2000 ein bindendes Gebot. Die Biodiversitätskonferenz der Vereinten Nationen verfügte ein Moratorium, bis Klarheit über die gesundheitlichen, entwicklungs- und umweltpolitischen Implikationen der Terminator-Technologie besteht. Eine von ihr eingesetzte Experten-Kommission sollte dafür sorgen. In den Laboren von BAYER & Co. ging die Arbeit trotz der verkündeten Abstinenz

BAYER plant Pflanzen gentechnisch zu kleinen Chemiefabriken umzurüsten

munter weiter. Die Agrar-IngenieurInnen entwickelten mit den „t-Gurts“ sogar eine neue Terminator-Generation. Diese verfügen über einen eingebauten Ein- und Ausschalter für Fruchtbarkeit, der über einen äußeren Reiz, etwa durch ein Antibiotikum, umgelegt werden kann. Auch der Leverkusener Multi hatte etwas in petto, weshalb er gemeinsam mit anderen Konzernen über ihren internationalen Saatguthersteller-Verband „International Seed Federation“ Druck machte, um eine Aufhebung des Moratoriums zu erreichen. BAYER plant nämlich, Pflanzen gentechnisch zu kleinen Chemiefabriken umzurüsten. Aus diesem Grund hat der Agroriese

erst im Januar die auf diesem Gebiet arbeitende Firma ICON GENETICS aus München gekauft, die unter anderem ein Patent auf Arzneistoffe und Feinchemikalien produzierende Pflanzen hält. Und für einen kommerziellen Anbau dieser BAYER-Botanik führt an der Terminator-Technologie kein Weg vorbei, ansonsten würde der Pollenflug aus den Äckern veritable Apotheken und Chemie-Lager machen. Nach Ansicht der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ (VDW) besteht diese Gefahr auch bei der neuesten Terminator-Technologie. In ihrem für die UN-Biodiversitätskonferenz erstellten Dossier prophezeien sie sogar einen Anstieg der Auskreuzungen.

Trotzdem werben die Multis bei ihrer neuerlichen Produkteinführungskampagne gerade mit dem Sicherheitsargument. Das ist zwar Zynismus pur, hat aber Methode. Hatten die Agroriesen einst die Gentechnik als Allheilmittel gegen die Überdosis Chemie und andere Risiken und Nebenwirkungen der zuvor von ihnen eifrig betriebenen „grünen Revolution“ gepriesen, so verkaufen sie jetzt die Terminator-Technologie als Patentrezept gegen die Einkreuzungen von Gen-Pflanzen in konventionelle Sorten, eine Tatsache, die

WISSENSCHAFT

lebt von der



DISKUSSION

raum&zeit

- ✓ informiert über das, was (lebens-)wichtig ist.
- ✓ informiert über eine angstfreie Zukunft.
- ✓ informiert über das, was die (anzeigen-)abhängigen Medien verschweigen müssen.
- ✓ informiert über Wege zum Selbstvertrauen.
- ✓ informiert über Hintergründe, die er/sie aus den Massenmedien nie erfährt.
- ✓ informiert über eine lebens- und menschenfreundliche Wissenschaft.

Neugierig geworden?

Dann gleich kostenloses Probeheft bestellen: Fax: 08171/418466,

mail: vertrieb@ehlersverlag.de, www.raum-und-zeit.com

ehlers verlag gmbh, Geltinger Str.14e, 82515 Wolfratshausen, Tel.:08171/418460



Konzerne zuvor immer heftig bestritten hatten.

Auf solch fadenscheinige Begründungen allein mochten BAYER & Co. dann auch nicht vertrauen. Sie sicherten sich stattdessen mal wieder politischen Beistand. Die erste Adresse, die mit dem Agro-Business in vielfältiger Weise verbandelte US-Regierung, stand diesmal als Ansprechpartner nicht zur Verfügung, da die Vereinigten Staaten das Biodiversitätsabkommen der Vereinten Nationen nicht mit unterzeichnet hatten und somit von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen waren. Aber Bush tat trotzdem alles in seiner Macht stehende und bat Kanada um Nachbarschaftshilfe. Das Land kam dem Ersuch gerne nach und legte sich mächtig ins Zeug. Schon Monate vor den UN-Konferenzen bearbeiteten seine DiplomatinInnen vor allem die PolitikerInnen der „Entwicklungsländer“. Sie wedelten mit viel Geld und sicherten bei entsprechendem Wohlverhalten tatkräftige Unterstützung bei der Implementierung der Terminator-Technologie zu. Darüber hinaus gelang es Kanada, die sehr kritisch ausgefallene Risikofolgenabschätzung der UN-ForscherInnen auf das institutionelle Abstellgleis zu schieben. So blieben die Warnungen der WissenschaftlerInnen vor einer Bedrohung der Nahrungsmittelsicherheit, einem Absterben der Artenvielfalt auf den Feldern und vor dem Verschwinden traditioneller Ackerwirtschaft ebenso ungehört wie die inzwischen auch publik gewordenen beunruhigenden Hinweise von MedizinerInnen das aller-

gene Potenzial der Terminator-Pflanzen betreffend.

Noch in diesem Jahr entscheidet sich, ob Kanada als Klassensprecher der Konzerne „Terminator II“ durchzusetzen im Stande ist, oder ob es der Kampagne „Freie Saat statt tote Ernte“ und ihren internationalen Kooperationspartnern gelingt, den Start des Sequels zu verhindern. Ein erstes Zusammentreffen auf der Biodiversitätskonferenz im spanischen Granada endete mit einem Punktsieg der Antiterminatoren. Die Konferenz empfahl eine Beibehaltung des Moratoriums, ließ den Gentech-Unternehmen mit Formulierungen wie einem „Fall-zu-Fall-Risikomanagement“ allerdings einige Hintertüren offen. Ob BAYER & Co. durch diese schlüpfen und sie als Lizenz für Freisetzungsversuche interpretieren können, wird vielleicht schon das nächste Meeting Ende März, spätestens aber die Vollversammlung der Unterzeichnerstaaten der Biodiversitätskonvention im Mai zeigen. Die „Freie Saat“-Initiative führte ihre bundesdeutsche Auftakt-Aktion im Januar vor dem Reichstag durch, um die Bundestagsabgeordneten für ihre Ziele zu gewinnen. Zunächst zeigten sich sogar CDUlerInnen einem Verbotantrag gegenüber aufgeschlossen. Aber dann legte der industriehörige Landwirtschaftsausschuss der Partei ein Veto ein. Ohne außerparlamentarischen Druck dürfte in Sachen „Terminator“ also nichts zu machen sein.

Weitere Informationen: www.freie-saat.de; www.banterminator.org

Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
23. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
<http://www.CBGnetwork.de>
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005 (1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrud Müller/Pharmakolog/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

GREENPEACE untersucht Supermärkte

BAYER-Gifte im Obstregal



Die verbotene Frucht: zuviel Chemie

„Dass deutsche Supermarktketten das Lebensmittelrecht einfach ignorieren und „täglich tausendfach gegen das Gesetz verstoßen“, bewies die jüngste GREENPEACE-Studie „Pestizide außer Kontrolle“. Darüber berichteten die Medien Ende November ebenso aufgeregt wie über den zeitgleich bekannt gewordenen Fleisch-Skandal. „Die staatliche Lebensmittelüberwachung geht kaum gegen die Verantwortlichen vor“, bedauerte GREENPEACE. Warum sollte sie? Funk, Fernsehen und Zeitungen erwähnten BAYER und die anderen Chemie-Produzenten ja auch mit keinem Wort.

Von Peter Kleinert

Die Medien benannten zwar die Pestizid-Spitzenreiter unter den Supermärkten, nämlich LIDL und die zur Metro-Gruppe gehörenden Ketten REAL, KAUFHOF und EXTRA) sowie die nicht ganz so schlimmen Giftverkäufer wie ALDI, EDEKA/SPAR. Sie verschwiegen aber die eigentlichen Profiteure dieser Obst- und Gemüsevergiftungen - zwei deutsche Chemiekonzerne. Unter den laut GREENPEACE-Studie „Top Ten“ der entdeckten Pestizide, die „für 66 Prozent unserer Pestizidfunde verantwortlich“ waren, befanden sich nämlich je zweimal die BAYER AG und die BASF und einmal der ebenfalls bundesdeutsche „Pflanzenschutzhersteller“ SCOTTS CELAFLO aus Ingelheim.

In Deutschland verboten

„Das ist ein bitteres Zeugnis für Essen aus Deutschland“, urteilt GREENPEACE-Chemieexperte Manfred Krautter, „die Bauern gefährden damit die Gesundheit der Verbraucher und schädigen die Umwelt.“ Aber nicht nur die Bauern und Bäuerinnen. Sieben der insgesamt 35 nachgewiesenen Spritzmittel seien hierzulande in der Landwirtschaft grundsätzlich verboten, darunter das nervenschädigende Insektenbekämpfungsmittel Azinphos-Methyl, dem die GREENPEACE-Studie eine „hohe akute Giftigkeit“ bescheinigt. Trotzdem lag der unter den Handelsnamen GUTHION und GUSATHION vertriebene Wirkstoff mit sieben Prozent auf Platz 4 der vorgefunde-

nen Pestizide. Hersteller: der deutsche Pharmakonzern BAYER AG aus Leverkusen. Die Birnen, Nektarinen und Pfirsiche, in denen es gefunden wurde, stammten überwiegend aus der Türkei und aus südeuropäischen Ländern.

Ebenfalls ein Produkt aus dem Hause BAYER: das in der Bundesrepublik, obwohl als Krebserreger verdächtig, nicht verbotene Pestizid Tebuconazole. Die Wirksubstanz von FOLICUR, einem Mittel gegen Pilzbefall, führte mit 8,2 Prozent die Liste der nachgewiesenen Spritzmittel an und wurde in Pfirsichen und Karotten nachgewiesen. Die Plätze 3 mit 7,1 Prozent und 9 mit 5,5 Prozent belegten Pestizide der BASF: das Pilzbekämpfungsmittel Iprodion, laut GREENPEACE eben-

falls Krebs erregend und unter dem Verdacht hormoneller Wirkungen stehend, fand sich in Nektarinen, Pfirsichen, Kopfsalat, Paprika und Tomaten. Cyphermetrin, ein möglicherweise Krebs erregendes Insektenbekämpfungsmittel, spürten die WissenschaftlerInnen in Birnen, Pfirsichen und Kopfsalat auf. Auf das Schweigen im Medien-Walde bezüglich BAYER & Co. hingewiesen, meinte Manfred Krautter, es sollten nicht nur die für Gesundheitsgefährdung der VerbraucherInnen verantwortlichen Supermarktketten, sondern auch die Hersteller der Ackergifte öffentlich mit Namen genannt werden. „Und darüber hinaus: Wir denken, diese Wirkstoffe sollten ihre Zulassung verlieren.“ Auf die Anfrage, die sich an den Minister Horst Seehofer (CSU) und Bärbel Hohn als Vorsitzende des Bundestagsausschusses „Verbraucherschutz“ richtete, traf keine Antwort ein.

Nord-Süd-Gefälle in EU

Folgt man der Auswertung von GREENPEACE, gibt es in Europa ein Nord-Süd-Gefälle beim Pestizideinsatz. Das warme Klima lässt nicht nur die Früchte, sondern auch Schadinsekten und Pflanzenpilze

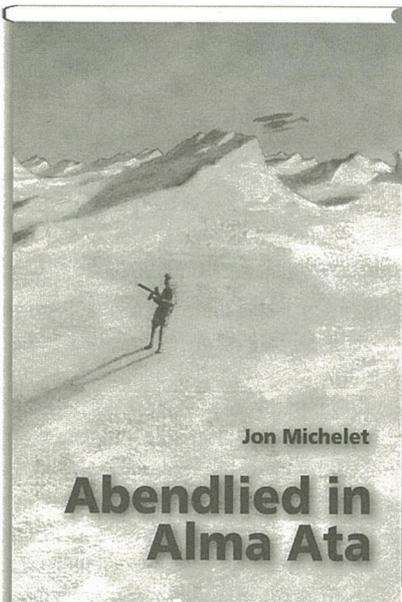
besser gedeihen, was die LandwirtInnen vermehrt zu den Chemischen Keulen greifen lässt. So fand man in Waren aus den Anbauländern Griechenland und Türkei im Schnitt 0,1 und mehr Milligramm Pestizide pro Kilo. Weit weniger belastet waren dagegen Produkte aus den Niederlanden und Österreich mit unter 0,2 Mikrogramm pro Kilogramm. Im Feld dazwischen lagen Belgien, Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien. Aber auch die bundesdeutsche Bauern spritzen Tomaten, Kopfsalat, Gurken und Karotten mit gesundheitsgefährdenden, nicht zugelassenen Agrochemikalien. In 27 der 112 getesteten bundesdeutschen Gemüseproben fanden sich Pestizidwirkstoffe, die vom zuständigen Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) gar nicht oder nicht für die betroffene Gemüseart zugelassen sind. Diese Spritzmittel können Krebs auslösen, die Fortpflanzung beeinträchtigen oder sind schädlich für das Hormon- oder Nervensystem.

Kritik ohne Konsequenzen

Schon im Juli hatte GREENPEACE in deutschen Johannisbeeren illegale Pestizide gefunden. Daraufhin kündigten Landes-

behörden und Staatsanwaltschaften Ermittlungen und verbesserte Überwachungen an. Der „Deutsche Bauernverband“ kritisierte die Verstöße, und der „Industrieverband Agrar“ erklärte, nicht zugelassene Pestizide im Jahr 2006 vorübergehend zurückzunehmen. Aber passiert ist laut Krautter nichts: „All die Ankündigungen und Empörungsrufe der Bauern- und Industrievertreter blieben bislang ohne Konsequenzen. Unser Test zeigt, dass der Einsatz illegaler Pestizide in Deutschland weit verbreitet ist. Die Gemüsebauern stehen den Obstbauern beim Spritzen verbotener Mittel in nichts nach. Diesem Treiben muss der neue Landwirtschaftsminister Seehofer gemeinsam mit den Agrarministern der Länder rigoros ein Ende setzen“. Aber ob der schon in Sachen „Positivliste“ vor BAYER & Co. eingeknickte Seehofer in Sachen „Gift im Gemüse“ mehr Standfestigkeit beweist, dürfte eher unwahrscheinlich sein.

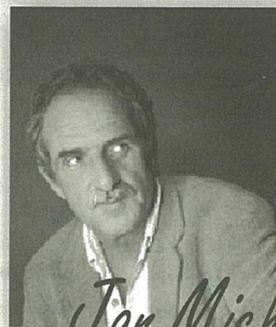
Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Neue Rheinische Zeitung-Redaktion, der Internet-Publikation für Nordrhein-Westfalen(www.nrhz.de).



Jon Michelet
»Abendlied in Alma Ata«
Aus dem Norwegischen von
Gabriele Haefs (Sophis Welt)
129 Seiten
gebunden mit Schutzumschlag
und Lesebändchen
Preis: 12,80 Euro
ISBN 3-937193-01-4

Zwei norwegische Elitesoldaten geraten in den Bergen Zentralasiens in die Interessenkonflikte der verschiedenen Geheimdienste. Während neue und alte Bündnispartner freundlich in die Objektive der Welt lächeln, geht es hinter den Kulissen erbarmungslos um Geld, Macht und die uralte Frage: Freund oder Feind?

Top aktuell, packend erzählt und beklemmend realistisch – der neue Michelet ist da!



Jon Michelet

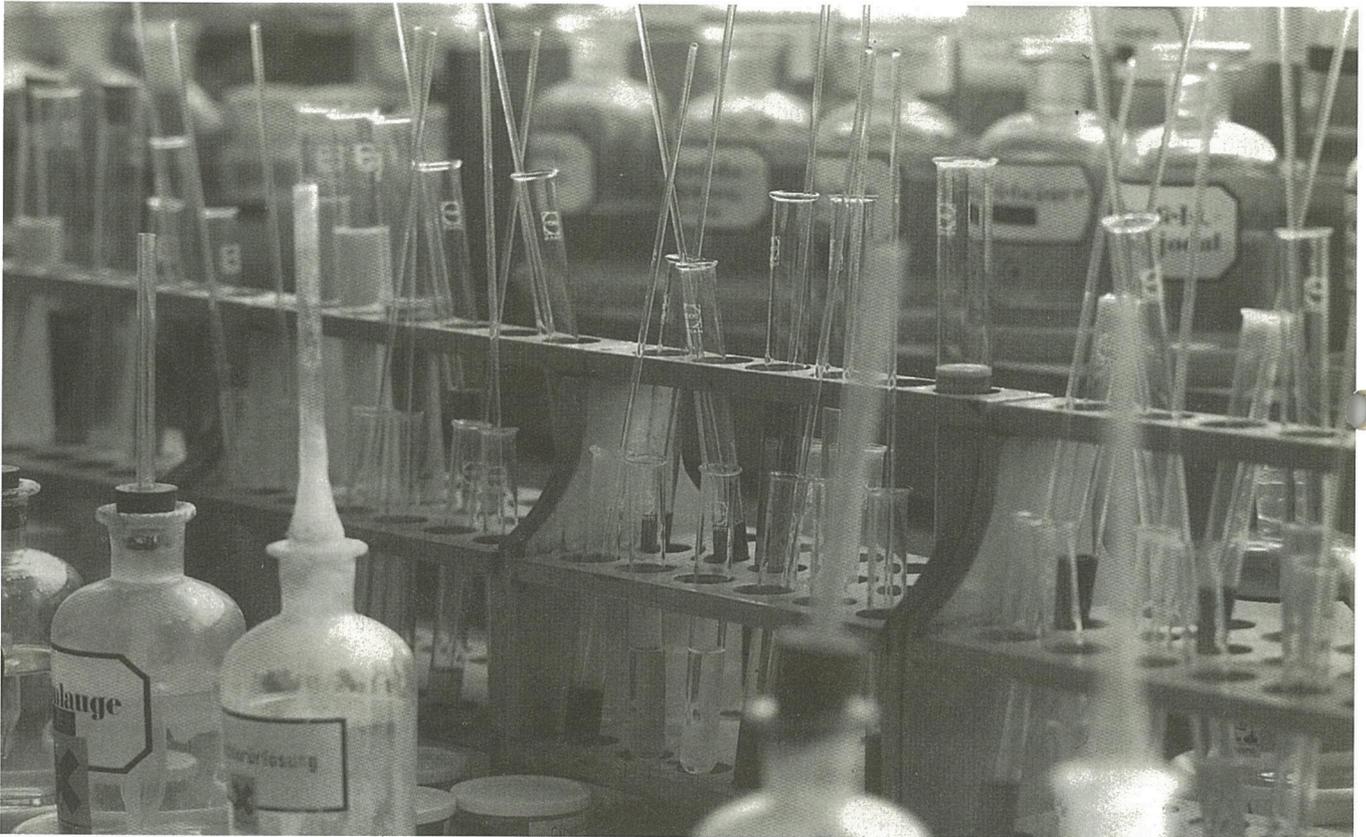
Jon Michelet wurde am 14. Juli 1944 in Moss (Norwegen) geboren. Nach dem Gymnasium ging er von 1962 bis 1969 zur See, zu Anfang als Matrose auf Überseerouten, später als Kapitän in der Küstenschifffahrt. In Oslo besuchte er die Journalistenschule. Seine journalistische Karriere begann er bei der »Nodlys« und hat ihren vorläufigen Höhepunkt bei der »Klassenkampen« gefunden.

»Abendlied in Alma Ata« ist erhältlich in allen gut sortierten (Krimi-) Buchhandlungen und bei www.j5a.net.



BAYER & Co. setzen sich durch

EU verwässert REACH



REACH: Kontrollverlust für Chemikalien

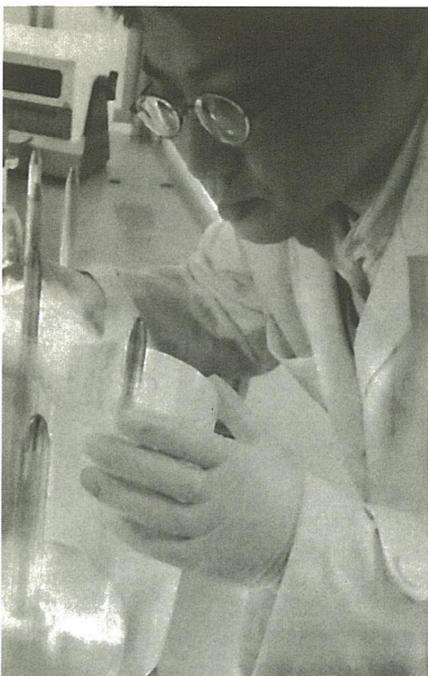
Mit jahrelanger Lobbyarbeit weichten BAYER & Co. die von der EU geplante Chemikalienrichtlinie „REACH“ auf. Die im Herbst 2005 von den EU-ParlamentarierInnen verabschiedete Fassung hat mit dem ursprünglichen Entwurf kaum noch etwas zu tun. Eine engagierte Umweltpolitikerin zieht Bilanz.

Von Hiltrud Breyer (grüne EU-Parlamentarierin)

Das Chemikaliengesetz REACH beabsichtigte, Mensch und Umwelt besser vor gefährlichen Substanzen schützen, ohne den Tierschutz zu vernachlässigen. Auf Initiative der Grünen hat der EU-Umweltausschuss für den Austausch von vorhandenen Daten aus Tierversuchen und für die Entwicklung von Alternativmethoden stark gemacht. Aber von den guten

Vorsätzen ist nicht viel übrig geblieben. Die politische Einigung des EU-Wettbewerbrates ist ein eindeutiger Kniefall vor BAYER & Co., Umwelt- und VerbraucherInneninteressen bleiben auf der Strecke. Der Rat hat die meisten der schlechten Vorschläge des Parlaments übernommen und gleichzeitig die guten ignoriert. Das Abstimmungsergebnis im Europäischen

Parlament (EP) war bereits eine Enttäuschung - jedoch besser als erwartet. Großer Lichtblick für Umwelt- und VerbraucherInnenenschutz war die gewonnene Abstimmung bei der Substitution: Sie sollte Unternehmen verpflichten, gefährliche Chemikalien durch sicherere Alternativen zu ersetzen, sofern diese vorhanden sind. Positiv für VerbraucherInnen war



auch die Entscheidung des Parlamentes, Unternehmen zu verpflichten, künftig über gefährliche Stoffe zu informieren, sei es im Bodenbelag oder in der Jacke. Aufgrund fehlender Informationen konnte sich bislang nämlich niemand gegen gefährliche Chemikalien schützen.

Das Parlament ist jedoch auch bei der Registrierung eingeknickt. Dabei ist das Registrierungsverfahren die Voraussetzung für effektives Zulassungssystem. Die

Es ist mehr als zweifelhaft, ob REACH in seiner heute verabschiedeten Fassung zum dringend notwendigen Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt beiträgt

großen Fraktionen im EP haben die Anforderungen für die Registrierung massiv torpediert. Das Grundprinzip von REACH - wer keine Daten liefert, bekommt keine Vermarktung - haben sie ausgehöhlt. Schließlich wurde der geplante obligatorische Datenaustausch unter dem Vorschlag - eine Substanz, eine Registrierung - flexibler gestaltet, indem es Unternehmen ermöglicht werden soll, eine Registrierung allein vorzunehmen. Auch damit knickt das EP vor einer wesentlichen Forderung der Industrie ein. Diese hatte sich besorgt über die Vertraulichkeit der erforderlichen Informationen geäußert.

Doch der Rat ging sogar noch weiter: Datenanforderungen reduzierte er über die Bank weg, vor allem für Stoffe zwischen einer Produktion von 1 und 10 Jahrestonnen. Die Zulassung wurde nur

für wenige Stoffe verschärft, Verbrauchern Informationen bleiben mangelhaft, und eine geeignete Sorgfaltspflicht ist vollständig vom Tisch gefallen. Damit wird das Ungleichgewicht der Gesetzgebung noch weiter verschärft zu Gunsten kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen und zu Lasten längerfristiger Überlegungen, vor allem zum Schutz von Gesundheit und Umwelt.

Die Grundvoraussetzung für ein effektives REACH ist eine gute Datenbasis über die Eigenschaften und Verwendungen von Chemikalien. Durch die drastische Reduzierung der Anzahl der in kleineren Mengen produzierten Chemikalien, für die BAYER & Co. Daten vorgelegen müssen, wurde dies ausgehöhlt. Und es steht zu befürchten, dass die Datenbasis durch undemokratische zukünftige Hinterzimmerentscheidungen über Testausnahmen für hochvolumigere Stoffe noch weiter schrumpft. Es ist mehr als zweifelhaft, ob REACH in seiner heute verabschiedeten Fassung zum dringend notwendigen Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor gefährlichen Chemikalien beiträgt. Tausende von Stoffen bleiben auf dem Markt mit so gut wie keinen Informationen über ihre Eigenschaften. Mitgliedsstaaten dürfen weiterhin Stoffe zulassen, die Krebs erregen oder die Fortpflanzung schädigen, auch wenn sicherere Alternativen vorhanden sind. Es ist zwar zu begrüßen, dass auch bei vermeintlich „adäquat kontrollierten“ Hochrisikostoffen eine Prüfung der Alternativen erforderlich ist, es ist jedoch fast zynisch, dass selbst bei positiven Ergebnissen keine Konsequenzen gezogen werden müssen. Sehr viel Verantwortung trägt jetzt die Agentur, aber die Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgaben ist weiterhin völlig ungeklärt. Ein Zusammenbruch des Systems scheint vorprogrammiert. Die EU-Politik hat eine große Chance vertan, und es ist mehr als wahrscheinlich, dass wir in einigen Jahren eine weitere Revision der Chemikaliengesetzgebung brauchen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor gefährlichen Chemikalien zu schützen. Noch in diesem Jahr kommt REACH in zweiter Lesung ins Plenum des EPs. Dann muss die EU zeigen, welchen Stellenwert der Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa hat.

Ein Kampagnenpaket „REACH“ ist über e-mail: hbreyer@europarl.eu.int zu beziehen.



Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Coordinazione contro i pericoli derivanti dalla BAYER
 Coordinadora contra los peligros de la BAYER
 Coordinaçao em contra dos perigos da BAYER
 Coordination contre les dangers liés à BAYER
 Coordination against BAYER-Dangers

Mit BAYER-Aktien gegen Konzernwillkür

Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns. Treten Sie mit uns ein für soziale Sicherheit, Umweltschutz und Menschenrechte.

Informationen abfordern, jetzt!

Postfach 1504 18 40081 Düsseldorf
Fon 0211-33 39 11 Fax 0211-33 39 40
eMail CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org

Eine andere Welt ist möglich.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Axel Köhler-Schnura, Postfach 1504 18
 40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 26 11 210
 Fax 0211 - 26 11 220
 eMail CBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name _____

Straße _____

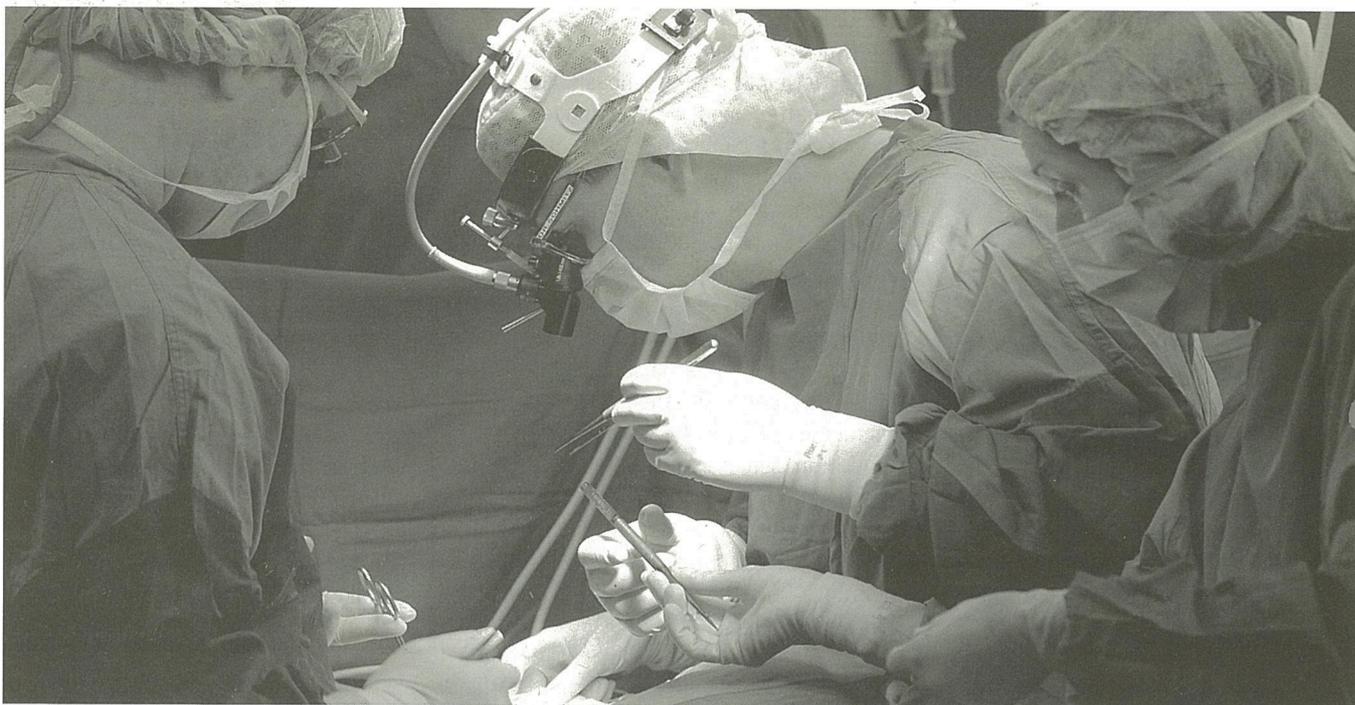
PLZ, Ort _____

Fon/Fax/E-Mail _____



Todesfälle durch TRASYLOL

BAYERs neuer Pharma-GAU



Hauptanwendungsgebiet von TRASYLOL: Herz-OPs

Nach einer im *New England Journal of Medicine* veröffentlichten Studie gehen von dem BAYER-Präparat TRASYLOL erhebliche Gesundheitsgefahren aus. Die lebensgefährlichen Nebenwirkungen reichen von Nierenversagen über Schlaganfälle bis zu Herzinfarkten. Peter Sawicki vom „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ schätzt die Zahl der Todesopfer allein in der Bundesrepublik auf 300 pro Jahr. In den USA bereiten AnwältInnen schon die ersten Sammelklagen vor. BAYER hingegen will von einem neuerlichen Fall „LIPOBAY“ nichts wissen. „TRASYLOL ist bei ordnungsgemäßer Anwendung ein sicheres und wirksames Medikament“, verlautet aus der Leverkusener Konzern-Zentrale.

Von Jan Pehrke

„Das ist eine ernste Situation“, sagt der Wissenschaftler Dennis Mangano mit Blick auf die bei 3.374 ProbandInnen zu den Risiken und Nebenwirkungen von TRASYLOL erhobenen Daten. Der Leiter der „Ischemia Research and Education Foundation“ mit Sitz in San Bruno hatte gemeinsam mit seinem Team die Wirkungsweise von blutstillenden Medikamenten bei Bypass-Operationen untersucht und im Fall von TRASYLOL ein hohes Gefährdungspotenzial ausgemacht. Das Risiko, einen Schlaganfall zu erleiden, erhöhte sich bei den PatientInnen im

Vergleich zu der nicht mit Medikamenten behandelten Kontrollgruppe um 181 Prozent. Die Gefahr eines Nierenversagens verdoppelte sich ebenso wie die Wahrscheinlichkeit, einen Herzinfarkt oder die Gehirnkrankheit Enzephalopathie zu bekommen. Der Verzicht auf die Arznei mit dem Wirkstoff Aprotinin bei Herz-OPs würde jährlich fast 10.000 Menschen eine Dialyse ersparen, meint Dr. Mangano und findet unmissverständliche Worte zu dem BAYER-Mittel. „Ich frage mich, warum wir weiterhin reinen Gewissens Aprotinin verschreiben sollten, wenn es sicherere

Alternativen gibt“, so der Mediziner. TRASYLOL kommt hauptsächlich bei den mit hohen Blutverlusten einhergehenden Bypass-Operationen zum Einsatz. Es wirkt blutstillend und reduziert so die benötigten Transfusionen. Offenbar schießt das BAYER-Produkt bei der Gerinnungsförderung aber allzuoft über das Ziel hinaus und verdickt das Blut so stark, dass sich Klümpchen bilden, die Venen und Arterien verstopfen und auf diese Weise Nierenversagen, Herzinfarkte oder Schlaganfälle auslösen. Bei jedem 10. Eingriff traten Komplikation auf, bei jedem 50. tödliche.

Peter Sawicki vom „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ beziffert die Zahl der TRASYLOL-Toten allein in der Bundesrepublik auf 300 pro Jahr. Die HerzchirurgInnen hegen gegen den Gerinnungsförderer schon lange einen Verdacht, es fehlten ihnen jedoch empirische Belege. „Wir hatten keinen guten, belastbaren Zahlen, um es zu beweisen“, sagt Dr. O. Wayne Isom vom New Yorker Presbyterian Hospital. Auch in der Bundesrepublik häuften sich die Indizien für von TRASYLOL verursachte Gesundheitsgefährdungen. „Gerüchteweise war auch immer wieder von Komplikationen die Rede“, so Friedhelm Beyersdorf von der Universitätsklinik Freiburg gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*. Die unabhängige Fachzeitschrift *arznei-telegramm* berichtete über zwei Todesfälle bei Hüftoperationen nach allergischen Schockreaktionen auf das Medikament. Darüber hinaus listete die Publikation Nebenwirkungen wie Herzinfarkte, Thrombosen, Lungenembolien und Blutgerinnungsstörungen auf. Die Hauptwirkungen ließen hingegen zu wünschen übrig. In vielen Fällen sank die Transfusionsmenge trotz TRASYLOL nicht. Da der Wirkstoff Aprotinin aus Rinderlungen gewonnen

wird, ist zudem eine Übertragung von BSE nicht ausgeschlossen. Auf der Vierer-Skala von „sehr gefährlich“ bis „ungefährlich“ ordnet das „Paul-Ehrlich-Institut“ Rinderlungen als „mäßig infektiös“ in die Kategorie III ein. Zumindest dieses Risiko will der Leverkusener Multi künftig mindern - durch Gentechnik.

Bei Herz-OPs erachtet das *arznei-telegramm* den Nutzen von TRASYLOL jedoch als belegt. Weitere Forschungsarbeiten zu diesem Thema seien überflüssig, schreiben die Autoren. Hier dürften Mangano &

Peter Sawicki vom „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ beziffert die Zahl der TRASYLOL-Toten allein in der Bundesrepublik auf 300 pro Jahr

Co. sie eines Besseren belehrt haben. BAYER hingegen erweist sich - wie schon zu Beginn des LIPOBAY-Falles - als beraterresistent. „TRASYLOL ist bei ordnungsgemäßer Anwendung ein sicheres und wirksames Medikament“, verlautet aus der Konzern-Zentrale. In der Vergangenheit warb BAYER sogar mit einem schlaganfall-vorbeugendem Effekt. Der

Multi weigert sich wieder einmal strikt, seine Profit-Interessen der PatientInnen-Sicherheit zu opfern. Dafür fährt das Mittel zu hohe Gewinne ein. Auf der Top-seller-Liste der Pharma-Abteilung nimmt es mit einem Umsatz von 171 Millionen Euro den sechsten Rang ein - mit aufstrebender Tendenz. Seit 1959 zur Behandlung von Bauchspeicheldrüsen-Erkrankungen genehmigt, erteilten die US-Behörden dem Mittel 1993 die Zulassung zur Anwendung bei Herz-Operationen, die bundesdeutschen zogen 1999 nach. Momentan versucht der Pharma-Riese, die Indikation auf OPs zum Einsatz künstlicher Hüftgelenke, zur Versteifung der Wirbelsäule und zur Tumor-Behandlung auszuweiten. Allein bis zum Oktober 2005 erhöhte sich der TRASYLOL-Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 35 Prozent auf 164 Millionen Euro, mittelfristig rechnet BAYER mit einer Steigerung auf 500 Millionen Euro per anno. Die Marketing-Abteilung hat es verstanden, dem Präparat einen regelrechten Wundermittel-Nimbus zu verschaffen. „Vom verkacksten Großzehl bis zur Schizophrenie hat man dem Mittel schon alles zugetraut“, so der Anästhesie-Professor Wulf Dietrich zur *Süddeutschen Zeitung*. Wundersam sind



**Ab sofort:
Der neue Webauftritt
der jungen Welt.
Die ganze Zeitung im Internet.**

**Mehr Nachrichten,
mehr Analyse, mehr Information.**

jungewelt.de

**Die Broschüre zur
Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006
Jetzt bestellen!**



36 Seiten, A4, 2 Euro
(zzgl. Versandkosten)
Rabatte für Großabnehmer

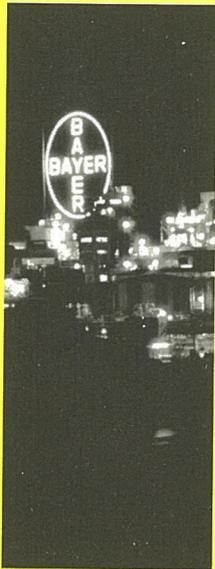
**Jetzt bestellen
unter
0 30/53 63 55-10
bzw.
ni@jungewelt.de**

Referate von
**Oskar Lafontaine / Heinz Dieterich / Paul
Cockshott / Mumia Abu-Jamal / Eugenio Suárez
Perez / Hans Heinz Holz / Aurélio dos Santos**

Auszüge aus der Podiumsdiskussion mit
**Angela Klein, Hans Heinz Holz, Oskar
Lafontaine, Heinz Dieterich sowie
Arnold Schölzel und Jürgen Elsässer**

Diskussionsbeiträge von
**Werner Seppmann / Helmut Dunkhase und
Dieter Feuerstein / Theodor Bergmann**

O-Ton BAYER



„Das ist auch ein gesellschaftliches Problem“

Kinderarbeit, das steckt eben leider so drin im Linder - mit diesem rhetorischen Ablenkungsmanöver reagierte eine BAYER-Sprecherin auf einen *Monitor*-Bericht über

die trotz aller Versprechungen des Konzerns immer noch notorische Ausbeutung von Minderjährigen bei den Zulieferern seiner Tochtergesellschaft PROAGRO.

Au weia, BAYER

Wo bleibt das Positive?

Es sieht mal wieder nicht gut aus für BAYER. Die Zeitungen können die Prozesse wegen Kartell-Bildungen gar nicht mehr zählen, das TV-Magazin *Monitor* informierte ein Millionen-Publikum über Kinderarbeit bei den Zulieferern von BAYERs indischer Saatgut-Tochter PROAGRO, und auch das Medikament TRASYLOL sorgte aufgrund von massiven „Risiken und Nebenwirkungen“ für negative Schlagzeilen. Da musste der Leverkusener Multi gegensteuern und fand einen Seiteneinstieg. Der Konzern ließ ein Meinungsforschungsinstitut erkunden, ob die Medien das „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“-Verhältnis angemessen darstellen und siehe da: die meisten Menschen hätten es gern ein wenig erfreulicher! Da sind sie sich mit dem Pharma-Multi einig. Und da der Konzern keine besseren Nachrichten produzieren kann, will er wenigstens dafür sorgen, dass die Hiobsbotschaften aus Leverkusen nicht mehr so durchdringen und lancierte aus diesem Grund das populistische Plädoyer für das Positive.

allerdings vor allem die TRASYLOL-Kosten. Während die von der „Ischemia Research and Education Foundation“ getesteten Konkurrenz-Arzneien mit 10 bzw. 50 Dollar pro PatientIn zu Buche schlagen, bringt es das BAYER-Produkt auf stolze 1.000 Dollar. Der Konzern rechtfertigt das nach der Devise „viel hilft viel“ mit der effektiveren Blutstillung. Den Preis für die stärkere Wirkung bestimmte jetzt die Studie von Dennis Mangelo: stärkere Nebenwirkungen. Womit der Fall „TRASYLOL“ eine weitere Parallele zum Fall „LIPOBAY“ aufweist.

Diese Nebenwirkungen haben mittlerweile die Behörden in den USA, der EU und der Bundesrepublik auf den Plan gerufen. Die US-amerikanische „Food and Drug Administration“ hat eine Überprüfung der Studienergebnisse angekündigt und die MedizinerInnen aufgefordert, einstweilen sehr vorsichtig mit dem Medikament umzugehen. Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) ist sich unterdessen „mit den anderen europäischen Arzneimittelbehörden einig, dass viele Fragen dringend geklärt werden müssen“, so der bei der Einrichtung für die Arzneimittel-Sicherheit zuständige Ulrich Hagemann. Das BfArM will es aber vorerst beim kritischen Dialog belassen. „Im Moment ist mit den vorliegenden Daten der Studie nicht die Situation gegeben, dass ein Verbot von TRASYLOL ausreichend begründet ist, meint Hagemann. Peter Sawicki hingegen tritt für Sofortmaßnahmen ein. „Ehe BAYER nicht die Sicherheit des Präparates in einer neuen Studie bewiesen hat, sollte TRASYLOL nicht mehr eingesetzt werden“, rät der Arzneiwächter. Einige Herzzentren haben derweil schon reagiert und erklärten, vorerst auf das BAYER-Produkt verzichten zu wollen.

Es herrscht also mal wieder Ausnahmezustand im Gesundheitswesen. Er ist allerdings nach den Skandalen um LIPOBAY, PPA, VIOXX und anderen Pharma-GAUs schon fast ein Normalzustand geworden und wird es auch bleiben, sofern die Politik sich nicht zu Reformen entschließt. Auf die Fragen, die zu stellen das BfArM jetzt als dringend geboten ansieht, hätte es schon im Zuge der LIPOBAY-Krise eine Antwort finden müssen. Sie hätte nur lauten können: strengere Zulassungsbedingungen und eine Kontrolle bereits auf dem Markt befindlicher Pharmazeutika, wie es die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und andere Initiativen auch verlangt hatten. Die einer Arznei-

Genehmigung zugrunde liegenden klinischen Erprobungen weisen nämlich aus Kostengründen eine viel zu geringe TeilnehmerInnen-Zahl auf, um Risiken und Nebenwirkungen umfassend aufzuspüren. Noch dazu sind die ProbandInnen in der Regel handverlesen, weil die Multis ein positives Ergebnis erzielen wollen. „Es ist eine Auswahl der Gesundesten unter den Kranken - und das entspricht nicht den klinischen Erfahrungen“, kritisiert Gerd Antes, der am „Deutschen Cochrane Zentrum“ die Qualität von Arznei-Tests untersucht, in einem Interview der *Süddeutschen Zeitung*. Aber hier haben BAYER & Co. nichts zu befürchten. Im Gegenteil: Die Politik hat sich ihren Forderungen nach „unbürokratischeren“ Verfahren gebeugt. CDU und SPD wollen laut Koalitionsvertrag das BfArM mittels Aufweichungen der Auflagen in eine „konkurrenzfähige Zulassungsagentur“ verwandeln und so die „Standort-Bedingungen“ für die Pillen-Produzenten weiter verbessern.

Der Fall „TRASYLOL“ wird sie nicht davon abhalten, zumal er keine allzu hohen Wellen geschlagen hat. Am Ausmaß der „Risiken und Nebenwirkungen“ lag das zu allerletzt. Mit geschätzten 300 Toten pro Jahr allein in der Bundesrepublik übersteigt das Gefährdungspotential des Mittels dasjenige von LIPOBAY sogar noch. Die Aufregung hält sich bislang allein aus dem Grund in Grenzen, weil das Präparat nicht den Bekanntheitsgrad des Cholesterinsenkers hat und in keinem häuslichen Medizinschrank steht. Die meisten Bypass-PatientInnen wissen vermutlich gar nicht, dass sie während ihrer Operation TRASYLOL verabreicht bekamen. So reagierte bloß die Börse alarmiert. Aber nicht die Zahl der Opfer hat die Aktien-HändlerInnen in Angst versetzt, sondern die Zahl möglicher Schadensersatz-Prozesse. „Noch glaube ich nicht an ein zweites LIPOBAY“, sagte etwa Ludger Mues von der SAL.-OPPENHEIM-Bank, „Aber was ist, wenn bei den US-Gerichten die ersten Klagen einlaufen?“ Sein Worst-Case-Scenario trat am 8. Februar ein, als die Rechtsanwaltskanzlei Lopez, Hodes, Restiano, Milman & Skikos die Vorbereitung einer Sammelklage bekannt gab. Vermutlich dürften aber nicht einmal schockierende Auftritte von TRASYLOL-Opfern oder deren Angehörigen vor Gericht die PolitikerInnen dazu bewegen, endlich die Verbraucherschutz-Interessen über die Profit-Interessen von BAYER & Co. zu stellen.

GLUCOBAY: Out of Africa

Biopirat BAYER



BAYER hat einen See in Kenia als Rohstoff-Reservoir für seine Pharma-Produktion benutzt.

Von Philipp Mimkes

Die VerfasserInnen der Studie „Out of Africa: Mysteries of Access and Benefit Sharing“ werfen BAYER Biopiraterie vor. Laut der vom US-amerikanischen „Edwards Institute“ veröffentlichten Untersuchung produziert der Konzern das Diabetes-Mittel GLUCOBAY mit Hilfe eines Bakteriums, das aus dem kenianischen Ruiru-See stammt. Gegenüber der britischen Zeitung *Independent* bestätigte das Unternehmen die Verwendung des in Kenia gefundenen Bakterien-Stammes. Von dem jährlichen GLUCOBAY-Umsatz von rund 280 Millionen Euro fließt jedoch kein Cent nach Ostafrika.

GLUCOBAY wurde in Deutschland 1991 zugelassen. 1995 ließ BAYER in Europa und den USA einen neuen Herstellungsprozess von Acarbose, dem Wirkstoff des Präparats, patentieren. In der Patentschrift wird die Verwendung des Bakterienstammes *Actinoplanes SE50* genannt, nicht jedoch dessen afrikanische Herkunft.

Diese gibt der Konzern mittlerweile zu, macht aber eine biotechnologische Veredelung geltend. Die Untersuchung listet zahlreiche Beispiele solcher Formen von „Biopiraterie“ auf. Die von westlichen Unternehmen verwendeten Wirkstoffe sind in Afrika zum Teil seit Jahrhunderten in Gebrauch. Beth Burrow vom „Edwards Institute“ nennt diese Praxis „eine neue Form kolonialer Ausplünderung“. Mariam Mayet, Mit-Autorin der Studie, ergänzt:

„Wir erleben eine totale Respektlosigkeit gegenüber afrikanischen Ressourcen“. Die AutorInnen werfen den beteiligten Konzernen Verstöße gegen die UN Biodiversitäts-Konvention vor und fordern eine angemessene Beteiligung der Herkunftsländer an den Gewinnen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) unterstützt diese Forderung. Die CBG nominierte BAYER zudem für den „Captain Hook Award for Biopiracy“, der anlässlich der Biodiversitäts-Konferenz Ende März im brasilianischen Curitiba verliehen wird. Der Negativ-Preis wurde von Organisationen aus aller Welt, darunter das INDIGENOUS

PEOPLES BIODIVERSITY NETWORK und die ACTION GROUP ON EROSION, TECHNOLOGY AND CONCENTRATION, ausgelobt.

Aber nicht nur die Rohstoff-Beschaffung für das Diabetikum steht in der Kritik. GLUCOBAY ist unter MedizinerInnen äußerst umstritten. Der Pharmakologe Gerd Glaeske nennt Acarbose „gerade mal so wirksam wie Müsli“. Prof. Dr. Michael Berger von der Uni Düsseldorf schreibt in einem Beitrag für das *Ärzteblatt*: „Das orale Antidiabetikum GLUCOBAY hat ein Umsatzvolumen von circa 200 Millionen DM pro Jahr erreicht, obwohl keinerlei Beweise für seine Wirksamkeit und langfristige Unbedenklichkeit geltend gemacht werden konnten.“

Der BAYER-Konzern veranstaltete nach der Zulassung von GLUCOBAY Werbeveranstaltungen für Ärzte und scheute sogar vor finanziellen Prämien nicht zurück. In einem internen Rundschreiben des Konzerns hieß es: „Für die Teilnahme an den zwei Treffen und den mündlichen Bericht über mindestens fünf Therapiefälle erhält jeder Arzt 700 DM als Beratungshonorar.“

Die rot-grüne Bundesregierung plante, GLUCOBAY aus einer Positivliste für wirksame Medikamente auszuschließen. Das Vorhaben scheiterte jedoch - nicht aus gesundheitspolitischen Gründen, sondern am Lobby-Feuerwerk des Pharmariesen.

Geldanlage mit Erfolg und Wirkung

Für eine lebenswerte Zukunft



Ja, ich will Geld zielorientiert anlegen:

UMWELT FOND

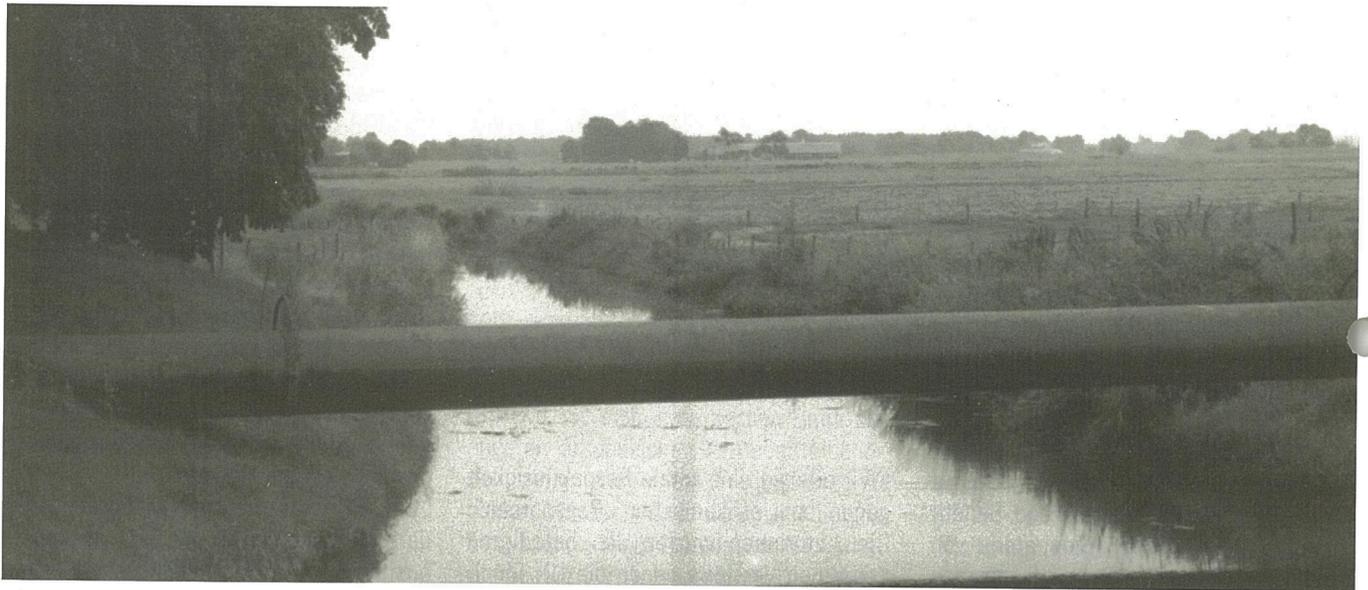
LEBEN STATT PROFIT

Schweidnitzer Straße 41 Fon 0211- 26 11 210
Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220
40081 Düsseldorf

Name _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Fon, Fax _____
E-Mail _____ Alter _____

Bauern oder BAYER - wem gehört das Grundwasser (Teil V)?

Streit ohne Ende ums Wasserwerk Wacken



Rohrleitungen in Wacken

Seit 1977 fördert das Wasserwerk Wacken, 20 Kilometer nordöstlich des Industriegebiets Brunsbüttel an der Unterelbe gelegen, Grundwasser. Hauptabnehmer waren und sind die Industriebetriebe in Brunsbüttel, allen voran die BAYER AG, mit weit mehr als 90 Prozent der geförderten Wassermenge. Schon kurz nach Inbetriebnahme gab es zum Teil erhebliche Gelände- und Gebäudeschäden in der Region, die AnwohnerInnen wehrten sich. Die Geschichte des Wasserwerks Wacken ist eine Geschichte von Streit, Widerstand und Verzweiflung (siehe auch SWB 1/98). Und der Streit dauert an: Heute geht es um die weitere Fördererlaubnis, nachdem die damalige erloschen ist, um künftige Fördermengen und deren Folgen.

Von Thomas Kleineidam

1979, schon anderthalb Jahre nach Anschalten der Pumpen, hatten sich erste Auswirkungen des neuen Wasserwerks bemerkbar gemacht: Haus- und Weidebrunnen, Quellen und Bäche versiegten, und Jahre zuvor wegen der hohen Grundwasserstände in den Niederungen verlegte Dränagen wurden funktionslos. Ab 1983 machten sich zunehmend Bodensackungen auf Flächen mit moorigen Böden bemerkbar, im Ort Wacken traten an immer mehr Gebäuden Risse auf. Einige ehemals tellerplatte Viehweiden ähneln heute eher alpinen Buckelwiesen, an einzelnen Gebäuden sind die Risse so

groß, dass eine Hand hinein passt. Die Wasserwerksbetreiber haben von Anfang an einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Grundwasserförderung und den Absenkungen des oberflächennahen Grundwasserspiegels, den Bodenschäden, den daraus resultierenden Ertragseinbußen in der Landwirtschaft sowie den Gebäudeschäden konsequent gelehnet. Nachdem zunächst viele sich dagegen gewehrt und für Entschädigungen gestritten hatten, blieben nach jahrelangem zermürbendem Kleinkrieg und Gutachterstreit nur wenige übrig, die sich mit diesem Zustand nicht abfinden

wollten, darunter der Landwirt Hans Möller aus Wacken (1).

Bereits seit 2004 ist die 1974 erteilte Förderbewilligung für das Wasserwerk Wacken abgelaufen. Die Bewilligungsbehörde, hier das „Landesamt für Naturschutz und Umwelt“ in Flintbek bei Kiel, hatte entschieden, dass für die Neubewilligung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müsse. Daraufhin hatte im Dezember 2003 der Wasserwerksbetreiber die Antragsunterlagen vorgelegt, um sich die Grundwasserförderung in Höhe von 6,2 Millionen Kubikmetern pro Jahr neu bewilligen zu

lassen. Zum Vergleich: Die durchschnittliche jährliche Fördermenge lag

- zwischen 1977 und 1982 bei 4,77 Millionen Kubikmetern/Jahr,

- von 1983, nachdem auf die dramatischen Auswirkungen mit Reduzierung der Fördermenge reagiert werden musste, bis 1991 bei 3,02 Millionen Kubikmetern/Jahr und

- ab 1992 bis 2004, nachdem drei weitere Brunnen in der Fassung Pöschendorf in Betrieb genommen waren, bei 4,86 Millionen Kubikmetern/Jahr.

Die maximale Fördermenge wurde im Jahr 2000 mit 6,74 Millionen Kubikmetern erreicht. Offenbar hat der Wasserwerksbetreiber nicht vor, künftig die Fördermengen zu reduzieren, um die schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt und andere Nutzungen zu beenden oder wenigstens zu vermindern. Mit der beantragten Fördermenge von 6,2 Millionen Kubikmetern pro Jahr soll „volle Pulle“ weiter gemacht werden wie gehabt. So etwas muss natürlich im Rahmen des Bewilligungsverfahrens nicht nur beantragt, sondern auch begründet werden.

Teil der Antragsunterlagen sind zwei hydrogeologische Gutachten und die darauf aufbauende Umweltverträglichkeits-

studie (UVS). Die UVS und der eigentliche Antrag bieten schon genug Stoff für einen Verriss, doch die eigentlichen „Klopfer“ stecken in den hydrogeologischen Gutachten.

Zur Ermittlung der möglichen Auswirkungen der Grundwasserförderung wurde ein dreidimensionales Computermodell

Ursprünglich war die Entnahme von elf Millionen Kubikmeter im Jahr bewilligt, zufällig genau die Menge, die als Bedarf von der Industrie angemeldet worden war

erstellt, in dem der geologische Schichtaufbau im Untergrund, die Gewässer, die Grundwasserneubildung durch Niederschläge und die Entnahme durch Förderbrunnen mehr oder weniger detailliert nachgebildet werden. Natürlich kann so ein Modell nur eine begrenzte Fläche umfassen, und damit kommt der Festlegung der äußeren Grenze des Modellgebietes eine große Bedeutung zu. Um Wacken wurde ein Gebiet von insgesamt 568 Quadratkilometern modelliert. In diesem Gebiet sollen mit einer mittleren Grundwasserneubildung von 358 Millime-

tern im Jahr (das entspricht 358.000 Kubikmetern auf einem Quadratkilometer) insgesamt 203 Millionen Kubikmeter Grundwasser pro Jahr neugebildet werden. Das hydrogeologische Gutachten kommt zu dem Schluss: „Die Gesamtentnahme aus den Brunnenfassungen Wacken und Pöschendorf-Looft macht 3,05 Prozent der Grundwasserneubildung aus“. Rein mathematisch betrachtet stimmt das.

Aber das gesamte Modellgebiet darf nicht mit dem Gebiet gleichgesetzt werden, in dem das Grundwasser versickert, welches tatsächlich den Brunnen in Wacken und Pöschendorf zuströmt. Im Gutachten wird erklärt: „Das unterirdische Einzugsgebiet begrenzt den Grundwasserbereich, der dem Brunnen zufließt.“ Und weiter: „Für die beantragte Fördermenge ergibt sich ein potenzielles Einzugsgebiet von ca. 88 km²“. Eigentlich logisch, denn nur die Neubildung in diesem Einzugsgebiet kann das Grundwasser speisen, das den Brunnen zuströmt, und nur maximal dieser Teil des Grundwassers kann wieder ans Tageslicht gepumpt werden. Dabei ist klar, dass das abgepumpte Grundwasser im natürlichen Wasserhaushalt fehlt. Und welcher Anteil der Neubildung wirklich

→

DAS FEMINISTISCHE BLATT

Forum für außerparlamentarische
Frauenpositionen

WIR FRAUEN

*ist 24 Jahre jung, hat 300 Jahre Berufserfahrung
in 20 Berufen, sechs Kinder, z.T. erwachsen,
spricht fünf Sprachen, ist einsatzfreudig und hoch motiviert,
gut aussehend, wortgewandt, unabhängig und konsequent.*

Peggy Parnass:

*»Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant,
informativ und ungewöhnlich ist.«*



Jutta Heinrich: *»Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirraren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«*

Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- **Alter: Von der Greisin zu 50+** (Dez. '04)
- **60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus** (März '05)
- **Konsum** (Juni '05)
- **Arbeit** (September '05)

WIR FRAUEN e.V.

Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
Rochusstr. 43 · 40479 Düsseldorf
wirfrauen@reviera.de

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 15 €*
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird. Preis incl. Porto.



Der wackere Wackerer Hans Möller

ohne schädliche Auswirkungen entnommen werden kann, ist von Fall zu Fall unterschiedlich.

Wer nun wissen möchte, welcher Anteil der Grundwasserneubildung aus dem ermittelten Einzugsgebiet in Wacken entnommen werden soll, wird enttäuscht. Eine solche Prozentzahl suchen aufmerksame LeserInnen in der gesamten Umweltverträglichkeitsstudie und den zugrunde liegenden Gutachten vergeblich. Also rechnen wir selber nach: 88 Quadratkilometer mal 358.000 Kubikmeter jährlich ergibt 31,5 Millionen Kubikmeter per anno. Damit entspricht die zur Entnahme beantragte Wassermenge von 6,2 Millionen Kubikmetern im Jahr schon 19,7 Prozent der Neubildung! Dies liest sich ganz anders als die verharmlosenden 3,05 Prozent, die im Gutachten stehen.

Aber es kommt noch schlimmer. Die GutachterInnen haben Karten zu den geologischen Verhältnissen erstellt. Von besonderem Interesse ist die Verbreitung gut wasserdurchlässiger Schichten, beispielsweise Sanden, denn nur dort kann in ausreichendem Umfang Niederschlag versickern und zur Grundwasserneubildung beitragen. Es gibt auch Teilgebiete, in denen wasserstauende Schichten,

etwa Geschiebelehme, die Versickerung behindern und wo kein nennenswerter Beitrag für die Nachlieferung des abgepumpten Grundwassers geleistet werden kann. Was also liegt näher, als die Verteilung wasserdurchlässiger und wasserstauender Schichten im Einzugsgebiet der Brunnen zu prüfen? Die GutachterInnen scheinen dies nicht getan zu haben, denn sonst wäre ihnen vielleicht folgendes nicht entgangen:

In dem 88 Quadratkilometer großen Einzugsgebiet gibt es nach ihren eigenen Darstellungen nur einen Teilbereich von

Besorgte BürgerInnen haben zahlreiche gut begründete Einwendungen erhoben

31,5 Quadratkilometern, aus dem überhaupt neu gebildetes, oberflächennahes Grundwasser zu den Brunnen strömt. Bei konsequenter logischer Verknüpfung aller Aussagen in den Gutachten werden in diesem Gebiet nur 11,3 Millionen Kubikmeter Grundwasser pro Jahr neugebildet, die beantragte Fördermenge beträgt damit 55 Prozent der Neubildung - aus wasserwirtschaftlicher und ökologischer Sicht ein Irrsinn! Nach Aussagen der UVS

halten selbst die Bewilligungsbehörden nur eine Förderrate von bis zu 25 Prozent der Neubildung für „naturverträglich“. Kein Wunder also, dass sich der Betrieb des Wasserwerks in Wacken nachhaltig negativ bemerkbar macht.

Wer die Antragsunterlagen aufmerksam studiert, findet allerdings noch mehr Gründe, an der fachlichen Qualität der vorgelegten Gutachten zu zweifeln. So gibt es verschiedene Darstellungen zur Geologie, den geologischen Profiltypen, dem potenziellen Grundwasser-Absenkungsbereich und dem Einflussbereich des Wasserwerks, in denen das Vorhandensein eines oberflächennahen Grundwasserleiters (in den Gutachten OGWL 1 genannt) eine wesentliche Rolle spielt. Ein Vergleich dieser Karten ergibt allerdings ein absonderliches Bild: Keine der vier Darstellungen stimmt mit den anderen überein. Einmal wird das Grundwasser im OGWL 1 beeinflusst, wo laut geologischer Karte gar kein OGWL 1 vorhanden ist, mal ist ein OGWL 1 vorhanden („durch Bohrungen belegt“), obwohl es laut Profiltypenkarte nur undurchlässige Schichten an der Erdoberfläche gibt. Die GutachterInnen haben keine plausible Erklärung für diese Widersprüche - sie haben diese Widersprüche ja selbst erst zu Papier gebracht.

Was der bisherige Betrieb des Wasserwerks verursacht hat, ist dem Betreiber und damit den GutachterInnen durchaus bekannt. Versteckt in den Unterlagen finden sich dafür die Belege: „Da die 1973 prognostizierte Entnahmemenge für das Gebiet Wacken auf Grund von Beeinträchtigungen an Einzelwasserversorgungsanlagen und Auswirkungen auf einzelne landwirtschaftliche Nutzflächen nicht in vollem Umfang zu entnehmen war, sollte das Grundwasserdargebot (verfügbare Grundwassermenge, Anm. SWB) erneut



Aktion & Kritik

GAUCHO: ImkerInnen beim Minister

In Frankreich hat das inzwischen massiven Anwendungsbeschränkungen unterliegende BAYER-Pestizid GAUCHO zu einem großen Bienensterben geführt (*Ticker* berichtete mehrfach). Die BienenzüchterInnen hatten BAYER daraufhin verklagt. Neben einer saftigen Strafe für den Agromulti erhoffen sie sich Entschädigungen und ein definitives Verbot des Ackergiftes. Weil die Mühlen der Justiz aber so langsam mahlen, hat eine Delegation im Januar 2006 mit Patrice Camberon einen engen Mitarbeiter des französischen Justizministers aufgesucht. Dieser versprach, sich für eine Beschleunigung des Verfahrens einzusetzen. Aber bis Ende Februar tat sich noch nichts, weshalb die ImkerInnen sich erneut mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit wandten.

